



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Bundesinitiative
Kooperation
konkret

Ein ExWoSt-Forschungsfeld

Bürgernehe Stadtentwicklung durch Kooperation

Dokumentation des Bundeskongresses am 20. Juni 2013 in Fürth



Bürgernahe Stadtentwicklung durch Kooperation

Dokumentation des Bundeskongresses am 20. Juni 2013 in Fürth

Inhalt

Kooperation konkret – Zukunftsmodell bürgernaher Stadtentwicklungspolitik	3
Bürgernahe Stadtentwicklung in Fürth	7
Bürgernahe Stadtentwicklungspolitik in Bayern	9
Kooperation vor Ort – Grundlage bürgernaher Stadtentwicklung	13
Podiumsgespräch: Was macht eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern aus?	21
Arbeitsgruppen: Perspektiven erfolgreicher Kooperation vor Ort	27
Integrierte Strategien für Hauptverkehrsstraßen	29
Gesundheits- und Kulturförderung im Quartier	33
Leerstandsbewältigung und Quartiersbelebung	37
Zwischenresümee zum ExWoSt-Forschungsfeld „Kooperation konkret“	43



Kooperation konkret - Zukunftsmodell bürgernaher Stadtentwicklungspolitik

Dr. Ulrich Hatzfeld, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Kooperation konkret – Zukunftsmodell bürgernaher Stadtentwicklungspolitik

**Dr. Ulrich Hatzfeld, Unterabteilungsleiter
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Lieber Herr Oberbürgermeister Dr. Jung,
lieber Herr Kollege Paas,
sehr geehrte Damen und Herren Landräte,
sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

bitte erlauben Sie auch mir einige Überlegungen zu dem heutigen Schwerpunktthema „Kooperation in der Stadtentwicklung“. Ich werde dabei die Sicht des Bundes einnehmen und zuweilen auch einige etwas krische Aspekte ansprechen. Denn das Thema hat ein ziemlich großes Problem: es hat keine – zumindest keine erklärten – Feinde. Jeder ist für mehr und bessere Kooperation. Jeder versichert, dass er eine integrierte Sicht der Stadtentwicklung befürwortet, also für eine holistische und fachübergreifende Herangehensweise eintritt. Es besteht Einigkeit, dass man am besten alles mit allem im Zusammenhang diskutiert, über alles redet und zwar mit jedem.

Aber man hört zuweilen Klagen. Die Kolleginnen und Kollegen in der Praxis stellen fest, dass sie häufig nicht mehr zum Planen kommen, weil sie von morgens bis abends damit beschäftigt sind, möglichst viele bis alle in Planungsprozesse einzubeziehen. Wir veranstalten Beteiligungsrounds, wir entwickeln integrierte Handlungskonzepte, wir stimmen Projekte des Public-Private-Partnership ab, wir möchten noch mehr Bürgerbeteiligung und Bürgermitwirkung erreichen. Und dann gibt es noch das breite Spektrum der formalisierten Kooperation: Bürgerbeteiligung im Bebauungsplanverfahren, Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, Umweltverträglichkeitsprüfungen, ... Vor diesem Hintergrund kann man den Eindruck bekommen, in einem Zeitalter der Beteiligung und der Kooperation zu leben. Fest steht: es ist heute nicht akzeptabel, nicht zu kommunizieren und zu kooperieren.

Es gibt viele gute Argumente für Kooperationen. Natürlich ist es sinnvoll zu kooperieren, um Kräfte zu bündeln – und das erst recht bei engeren finanziellen Spielräumen. Selbst-

verständlich kann man heute keine energetischen Maßnahmen umsetzen, ohne gleichzeitig über deren sozialen Konsequenzen nachzudenken. Und auf jeden Fall greift es zu kurz, sich in benachteiligten Stadtteilen mit Integrationsmaßnahmen zu befassen, ohne das Thema Infrastruktur in den Blick zu nehmen. Denn in der Stadtentwicklung hängt alles mit allem zusammen – allein schon deshalb, weil sich alles in demselben Stadtraum bzw. in demselben Quartier abspielt. Schon aus Gründen der begrenzten Ressourcen sind wir in der Tat gut beraten, nicht alle städtischen Nutzungen und Funktionen einzeln zu optimieren, sondern in ihrem Zusammenwirken optimal zu gestalten. Das ist im Übrigen der Kern der Stadtentwicklungsplanung: städtische Entwicklungen zu prognostizieren und dann im Zusammenhang zu gestalten.

Der zentrale Aspekt der städtischen Kooperation ist der Quartiersbezug: Sie werden heute kaum noch ein räumliches Handlungskonzept oder eine öffentliche Fördermaßnahme finden, die sich nicht mit dem Thema Quartiersbezug auseinandersetzt. Wir haben erkannt, dass das Quartier eine elementare Ebene für die Kooperation – also die Zusammenführung von meist widerstreitenden Interessen – sind. Möglichst alle Fachplanungsbelange sollen einbezogen werden; das reicht von der harten Infrastruktur bis zur Sozialplanung.

Nun heißt es, dass die Praxis manchmal eine Parodie auf die Theorie ist. Konkret kann man beobachten, dass Konkurrenz in der kommunalen Wirklichkeit immer noch deutlich dominiert. Denn Konkurrenz ist ganz offensichtlich einfacher als Kooperation. In dezentralen bzw. föderalen Strukturen ist sie fast so etwas wie ein zentrales Organisationsprinzip. Jede Organisation und jede Gruppe, die in den Prozess des Planens und Bauens einbezogen ist, jede Stadt und jeder Landkreis ist elementar damit befasst, über die eigenen Logiken nachzudenken. Jeder optimiert sich erstmal selber.

Hinzu kommt, dass wissenschaftliche Untersuchungen darauf hindeuten, dass kaum jemand (und auch keine Organisationseinheit) freiwillig kooperiert. Wir kooperieren im Regelfall erst, wenn wir Probleme nicht mehr alleine lösen können oder wenn keine andere Möglichkeiten zur Problemlösung mehr haben als die der Kooperation.



Besichtigung eines Schulgarten-Projektes in Fürth

Und übrigens: wer von Ihnen lässt sich gerne von anderen koordinieren?

Ich sage das alles, um Ihnen zu verdeutlichen, dass Kooperation auch in der Stadtentwicklung kein Selbstläufer ist. Es reicht nicht aus, einen einleuchtenden und schönen Plan zu haben, um andere für ein kooperierendes Verhalten zu gewinnen. Kooperation braucht Zeit, Vertrauen und Berechenbarkeit – und vor allem kontinuierliche Kommunikation.

Hilfreich sind auch Projekte, die die Vorteile von Kooperation in der Stadtentwicklung plausibel machen und zugleich deren Machbarkeit in der Praxis belegen. Deshalb das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch Projekte wie diese hier in Fürth auf den Weg gebracht. Am Beispiel solcher Projekte wird gezeigt, unter welchen Voraussetzungen und zu welchen „Kosten“ Kooperation funktionieren kann. Die Begleitforschung hat wesentliche Erkenntnisse im Hinblick auf Erfolgsfaktoren für eine gelingende Kooperation erbracht:

- Kooperation funktioniert nicht als Wettrennen mit der Zeit. Sie benötigt Zeit zum Wachsen von Vertrauen.
- Hilfreich sind gemeinsame Analysen und Prognosen im Sinne einer Verständigung über gemeinsam zu lösende Aufgaben oder nur gemeinschaftlich zu erreichende Ziele.
- Kooperation wächst an konkreten Projekten und nicht in „großen Konzepten“.
- Kooperation muss in Schritten strukturiert werden; sie braucht auch „Zwischenerfolge“.
- Kooperation bedarf der Entwicklung und Einhaltung gemeinsam vereinbarter Spielregeln. Zu den Spielregeln

gehören auch Regelungen für den Umgang mit Rückschlägen.

Lassen Sie uns also, meine Damen und Herren, über solche Spielregeln für Kooperation nachdenken. Lassen Sie uns über Gegenstände von Kooperation nachdenken, die unmittelbar plausibel sind. Es geht um konkrete Fortschritte wie ein gemeinsames Gewerbegebiet, die Zusammenarbeit von Feuerwehren und Bauhöfen oder die Abstimmung im Öffentlichen Nahverkehr. Kooperation, da bin ich mittlerweile überzeugt, funktioniert nie theoretisch, sondern nur praktisch!

Die Aufgabe des Bundes ist es, die Erfahrungen mit der Kooperation im Bereich der Stadtentwicklung aufzubereiten und – sofern sie erkennbar erfolgreich sind – auf dem Weg vom Experiment zur Regel zu unterstützen. Dann geht es um neue Rechtsgrundlagen, Förderrichtlinien oder die Änderung von Normen und Vorgaben. Zuweilen müssen einige Fragen auch wissenschaftlich weiter verfolgt werden. Dabei ist der Experimentelle Städte- und Wohnungsbau eine wichtige Hilfe.

Wie sinnvoll und ertragreich eine solche Forschung sein kann, erleben wir heute hier in Fürth. Ich hatte vor der Veranstaltung schon die Möglichkeit, mit dem Herrn Oberbürgermeister ein interessantes Aufwertungsprojekt in der Rosenschule zu besuchen. Dieses Projekt ist eingebunden in ein Gesamtkonzept der Stadt, das sich auf das Zukunftsthema Gesundheit konzentriert. Und die Stadt hat es nicht bei einem politischen Statement oder einem imposanten Plan belassen, sondern gefragt: was benötige ich konkret für eine bessere Gesundheitssituation in meiner Stadt?

Welche Partner können und welche müssen helfen? Und die Stadt hat dann mit den Krankenkassen und der Wirtschaft solche Partner gefunden. Diese Partner bringen eine verbindliche Kooperation und vor allem konkrete Projekte ein. Das ist nicht nur „Kooperation“, sondern „Kooperation konkret“.

Sie werden im Verlauf der heutigen Veranstaltung noch weitere interessante Beispiele kennenlernen, etwa die aus den Städten Altena oder Magdeburg. Ich bin sicher, dass diese Beispiele inspirierend und animierend sind.

Ich danke Ihnen sehr, dass sie gekommen sind und uns bei der Auswertung der vielen Experimente im Bereich der Kooperation in der Stadtentwicklung begleiten. Sie helfen uns klüger zu werden. Wir werden das Thema auch weiter begleiten und versuchen, Erkenntnisse des Forschungsfeldes bzw. der Modellvorhaben in neue Strategien zu überführen. Herzlichen Dank.



Reges Interesse der Teilnehmenden am Bundeskongress



Bürgernahe Stadtentwicklung in Fürth

Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister Stadt Fürth

Bürgernahe Stadtentwicklung in Fürth

Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister Stadt Fürth

Herzlich Willkommen in der Kleeblatt-Stadt Fürth. Ich freue mich über das nationale Interesse und den hohen Besuch aus Berlin und München. Und ich bedanke mich für die vielfältige Unterstützung, die wir im letzten Jahrzehnt aus Berlin und München hier in Fürth erfahren durften.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass Städtebauförderung wirkt und gut angelegtes Geld ist, dann ist Fürth dafür prädestiniert. Wir hatten das große Glück, im letzten Jahrzehnt gut 35-40 Millionen Euro für unsere Innenstadt zu erhalten. Das war einerseits bitter notwendig, weil vieles im Argen lag. Wir können aber davon ausgehen, dass mit diesem öffentlichen Geld noch mal das Fünf- bis Achtfache an privaten Investitionen losgetreten wurde. Insgesamt dürften in die Innenstadt im letzten Jahrzehnt mehrere hundert Millionen investiert worden sein.

Was damit gelungen ist, stellt eine Umkehrung dar: Wir hatten hier teilweise sozial extrem einseitige Stadtstrukturen, wir hatten Bevölkerungsmischungen, die sehr einseitig mit Migrationshintergrund und mit Sozialhilfe-Hintergrund belastet waren. Wir hatten eine Bausubstanz, die man sich eigentlich kaum vorstellen kann. Selbst in unmittelbarer Nachbarschaft des Rathauses gab es noch Wohnhäuser, deren Toiletten sich nicht einmal auf dem Gang, sondern im Hof befanden. Und das noch vor zwölf Jahren! Durch massiven Einsatz der Städtebauförderung haben sich diese teilweise desolaten Zustände entscheidend verbessert.

Wir wollen gar nicht verhehlen, dass in einigen Bereichen der Innenstadt jetzt ein solcher Boom entstanden ist, dass wir schon wieder aufpassen müssen, dass sich nicht ein schickes Viertel nur für die Wohlhabenden entwickelt. Wir möchten die gute Durchmischung halten. Wir haben wesentliche Probleme lösen können, aber eine Aufgabe ist noch verblieben: Die Einkaufssituation ist weiterhin unbefriedigend. Aber auch da, wenn Sie in die Innenstadt gehen, sehen Sie Bagger und Kräne. Da tut sich jetzt etwas.

Beim Thema Gesundheit als Teil der Städtebauförderung könnte man hinterfragen, wo etwas entsteht in Sandstein oder Beton. Ich halte es aber schon für sehr wichtig, dass das Thema der Stadtsanierung begleitet wird von weichen Faktoren. Es ist zum Beispiel für die Menschen, die hier her

ziehen, extrem wichtig, dass sie vernünftige Kindergärten finden. Auch eine sanierte Schule, eine Ganztagsbetreuung oder ein Spielhaus, wo junge Jugendliche spielen können, sind wichtige Qualitäten einer Innenstadt. So hat sich ebenfalls das Thema Gesundheit weiterentwickelt. Wir waren heute früh bei einem kleinen Gartenprojekt in der Rosenschule: Es ist eindrucksvoll, wenn junge Kinder mit Migrationshintergrund mir erklären, wie viele Erdbeersorten es gibt und welche Formen von Tomaten. Das wusste ich alles selber nicht.

Es ist auch beeindruckend, dem Thema Sport, das ja auch zur Gesundheit gehört, ganz neue Möglichkeiten zu geben. Hier bietet sich die Gelegenheit mit ganz wenig Aufwand viel zu erreichen, indem z. B. die Nutzungszeit bestehender Sportanlagen durch den Einsatz von Beleuchtungssystemen fast verdoppelt wird, zumindest in der düsteren Jahreszeit. Dafür ist nicht unendlich viel Geld erforderlich, zwei Masten, und plötzlich kann ich das Spielfeld ein Drittel länger nutzen. Solche Ideen und Gedanken, die können hier in diesem wirklich ganz speziellen Städtebauförderprojekt weiterentwickelt und anschließend in andere Städte übertragen werden.

Wir sind als Stadt Fürth Herrn Staatssekretär Bomba sehr dankbar, als Modellvorhaben dabei sein zu dürfen. Herr Bomba ist in der Region ein berühmter Mann. Er hat damals die Abwicklung von Quelle organisieren müssen. 6.000 Menschen waren plötzlich von der Arbeitsverwaltung aufzunehmen und Herr Bomba hat dabei Großes geleistet. Heute steht die Region stärker da, als damals zu Quelle-Zeiten.

Aber es ist weiterhin wichtig, nachhaltig dabei zu bleiben, deshalb schließe ich mit einem Appell: Wir brauchen in Fürth in den nächsten zehn Jahren sicherlich keine 40 Millionen Euro mehr. Wir wurden in der letzten Dekade außerordentlich gut bedient. Aber die deutschen Städte benötigen weiterhin Städtebauförderung, auch Fürth! Die Stadterneuerung kann nicht als abgeschlossene Aufgabe in Deutschland gelten. Städtebauförderung ist ein Programm, das garantiert solche privaten Initiativen auslöst, dass es sich auch für den Finanzminister, sei es in Bayern oder auf Bundesebene, wieder lohnt.

Also es lohnt sich für die Städte, es lohnt sich für die Menschen, es lohnt sich für die Kasse, es lohnt sich für das ganze Land. Deshalb mein abschließender Appell: Erhöhen Sie wieder die Städtebauförderung auf allen Ebenen! Vielen Dank.



Bürgernahe Stadtentwicklungspolitik in Bayern

Ministerialdirigent Joachim Paas, Leiter der Abteilung Wohnungswesen und Städtebauförderung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Bürgernahe Stadtentwicklungspolitik in Bayern

Joachim Paas, Leiter der Abteilung Wohnungswesen und Städtebauförderung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Wenn ich die aktuellen Diskussionen über Bürgerbeteiligung verfolge, entsteht leicht der Eindruck, als ob es sich um ein neues Phänomen handle. Dabei ist die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in der Stadtplanung seit über vierzig Jahren ein zentrales und gelebtes Element der Städtebauförderung. Mit dem Ziel, die Qualitäten der historischen Stadt- und Ortskerne zu sichern und behutsam an aktuelle Lebensformen anzupassen ist die Städtebauförderung wie kaum eine andere Förderung den Bedürfnissen der Bürger nah, kümmert sich um deren unmittelbares Umfeld, beteiligt sie und hilft Probleme zu beseitigen.

In der Städtebauförderung ist die Bürgerbeteiligung von Anfang an auch gesetzlich verankert. Dabei tragen die Städtebauförderungsmittel seit jeher dazu bei, die Eigenverantwortung der Betroffenen und das private, vor allem auch das finanzielle Engagement zu stärken. Dazu will ich aber gleich hinzufügen, dass bei uns in Bayern immer der Gedanke der Freiwilligkeit im Vordergrund stehen soll. Unsere Erfahrungen zeigen, dass gesetzliche Regelungen mit Zwangsabgaben für ein erfolgreiches Engagement Privater nicht notwendig sind. (BIDs)

Ein verbreitetes Instrument zur Förderung von privatem Engagement im Sanierungsgebiet ist auch in Bayern die Modernisierungsvereinbarung zwischen Kommune und Gebäudeeigentümer. Der Eigentümer nimmt Eigenkapital in die Hand, um sein Gebäude zu sanieren, beseitigt damit in Kooperation mit der Städtebauförderung städtebauliche Missstände und trägt dazu bei, die Sanierungsziele im Gebiet zu erreichen. Hier in Fürth können Sie sich in den ehemaligen O' Darby-Barracks ein gutes Beispiel anschauen. Die Stadt Fürth erkannte die einmalige Möglichkeit der innerstädtischen Entwicklung und hat nach dem Abzug der Amerikaner beispielsweise in privater Kooperation mit der Diakonie die alte Schickedanz-Villa auf dem Kasernengelände umgebaut und saniert. Sie ist heute Teil der privaten Wilhelm-Löhe Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Ein verbreitetes, in Bayern oft genutztes Instrument zur



Joachim Paas, Leiter der Abteilung Wohnungswesen und Städtebauförderung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Einbindung Privater in die Städtebauförderung ist der Verfügungs- bzw. Projektfonds zur Durchführung eigener Projekte oder Maßnahmen auf Stadtteilebene. Die Sanierungskommune hat dabei die Möglichkeit, einen Fonds einzurichten, der sich zur Hälfte aus Mitteln der Städtebauförderung und zur anderen Hälfte aus privaten Mitteln zusammensetzt. Ein lokales Gremium entscheidet über die Vergabe der Mittel. Wir haben in Bayern sehr gute Erfahrungen mit diesem Instrument der Beteiligung gemacht, es stärkt den Zusammenhalt auf lokaler Ebene und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Maßnahmen.

Instrumente, die über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinausgehen, erforscht der Bund mit den ExWoSt-Projekten „Kooperationen“. Die bayerischen Städte Hof und Grafenau sind beispielsweise im Forschungsvorhaben „Kooperationen im Quartier“ vertreten, unser heutiger Gastgeber „Fürth“ im Forschungsvorhaben „Kooperationen konkret“. Da die Projekte heute Nachmittag näher vorgestellt werden, gehe ich an dieser Stelle nicht näher darauf ein.



Blick in das Foyer während der Mittagspause

In Ergänzung zu den ExWoSt-Projekten des Bundes, die stark auf wissenschaftlicher Basis aufgestellt sind, haben wir seit 2005 in der bayerischen Städtebauförderung im Rahmen von Modellvorhaben neue Instrumente und Strategien entwickelt, um die Bürgerschaft möglichst früh am Planungsprozess zu beteiligen – und um Eigeninitiative, private Standortverantwortung und vor allem finanzielle Mitwirkung der Bürger zu fördern. Denn Sie stimmen sicherlich zu, dass für ein bestmögliches Ergebnis die gemeinsame Anstrengung privater und öffentlicher Akteure notwendig ist. Dabei kommt es darauf an, auf Augenhöhe zu kommunizieren, die Maßnahmen auf eine breite Basis zu stellen und neue Partnerschaften einzugehen.

Mit der Initiative „Leben findet Innenstadt“ verfolgen wir in Bayern das Ziel, dass sich öffentliche und private Akteure durch Kooperationen in Innenstädten und Ortszentren strategisch zusammenschließen. In den Modellgemeinden arbeiten Einzelhändler, Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer, Bewohner und Verwaltung als öffentlich-private-Partnerschaft an der Stärkung eines Quartiers. So haben sich beispielsweise in Passau Hauseigentümer zusammengeschlossen und in Kooperation mit der Städtebauförderung die Fußgängerzone aufgewertet. Sie haben sich mit 50 % der Kosten an der Finanzierung beteiligt und insgesamt eine beachtliche Summe von 600.000 Euro aufgebracht. Die Initiative „Leben findet Innenstadt“ hat unsere Erwartungen mehr als erfüllt. Es zeigt sich, dass private Standortgemeinschaften auf freiwilliger Basis in Zusammenarbeit mit der Kommune und unter tatkräftiger Mithilfe des Freistaats Bayern gut funktionieren können. Erfolgreiche öffentlich-private-Partnerschaften können nur dort entstehen, wenn vor Ort ein Modus der Zusam-

menarbeit gefunden wird, in dem sich alle Akteure in Ihren Interessen und Aufgaben repräsentiert sehen und die kommunale Verwaltung auf Augenhöhe mit den privaten Akteuren handelt.

Während die Initiative „Leben findet Innenstadt“ vor allem die Themen „Wirtschaft und Einzelhandel“, „private Grundstückseigentümer“ und „Wohnen“ im Blickfeld hat, lenkt das Modellvorhaben „Kooperationen - Pilotprojekte für die Stadtgesellschaft“ die Aufmerksamkeit verstärkt auf den Aufbau von Stadtteilnetzwerken, die langfristig die Stabilisierung und Eigenständigkeit der Quartiere sichern. Es basiert auf dem Bund-Länder Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Mittlerweile sind die interdisziplinär erarbeiteten und ressortübergreifend abgestimmten Modellprojekte im Rahmen eines integrierten Entwicklungskonzepts impulsgebend für alle anderen Städtebauförderungsprogramme. Durch die Zusammenarbeit von Einrichtungen der Kommune und privaten Institutionen können Wissen, Ideen, Zeit und Finanzmittel gebündelt werden.

Im bayerischen Modellvorhaben „Kooperationen“ sollen die Kooperationspartner eigene Mittel, Personal, Fachwissen und Engagement in die Projekte einbringen, um Ressourcen bündeln zu können und eine Verstärkung zu gewährleisten. Bislang wurden 94 Projekte umgesetzt. Es ist beachtlich, dass dabei die privaten Kooperationspartner knapp ein Viertel der Fördermittel beisteuerten.

Hier in Fürth konnte beispielsweise mit Hilfe des Modellvorhabens „Kooperationen“ im Bildungs- und Jugendzentrum Lindenhain ein erfolgreiches Kooperationsmodell auf die Beine gestellt werden: Langzeitarbeitslose aus dem

Stadtteil, Kulturschaffende, Schulen, Vereine und städtische Ämter arbeiten eng zusammen. Die Mitglieder bieten in diesem Zentrum ein breites Spektrum an Bildungs- und Kulturaktivitäten an. Akquise, Marketing und Management übernimmt die Gemeinschaft für die Mitglieder. Auch bei diesem Projekt zeigt sich, dass der ämterübergreifende Ansatz und funktionsfähige Netzwerke eine wichtige Voraussetzung dafür sind, erfolgreiche Kooperationen auf Quartiersebene zu etablieren, und Gemeinschaft und Solidarität zu fördern.

Mit unserem jüngsten Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ gehen wir in die Ortszentren im ländlichen Raum, der vom strukturellen Wandel besonders betroffen ist. Damit wir auch dort gleichwertige Lebensverhältnisse sichern können, versuchen wir mit diesem Modellvorhaben, frühzeitig zu agieren und die Energien durch neue Kooperationen zu bündeln und zu aktivieren. Zwölf Städte, Märkte und Gemeinden wurden ausgewählt, um bis Ende dieses Jahres neue Ideen und Maßnahmen zur Beseitigung struktureller Defizite und innerörtlicher Gebäudeleerstände zu entwickeln und umzusetzen. Erprobt werden auch neue Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel die Einrichtung eines eigenverantwortlich von der Kommune verwalteten Ent-

wicklungsfonds zur zügigen Mobilisierung von Leerständen und Brachflächen. Eine wirkungsvolle Entwicklung von Ortskernen und Innenstädten ist auf die Beteiligung von Gebäudeeigentümern und Privaten angewiesen. Wie in der FreyInvest GmbH in Freyung oder im Gründerzentrum für Handel und Dienstleistungen in Schrobenhausen erproben eine Vielzahl unserer Modellkommunen Möglichkeiten privates Kapital und Engagement für die Belebung leerstehender Gebäude in unseren Innenstädten zu gewinnen.

Die bayerischen Modellvorhaben geben Anregungen dafür, wie sich Private in Abstimmung mit den kommunalen Erneuerungszielen für ihr Lebensumfeld engagieren können. Auch durch diese Einbindung Privater ist die Stadtentwicklung in Bayern nah am Bürger dran.



Ausgewählte Tagungsunterlagen



Kooperation vor Ort - Grundlage bürgernaher Stadtentwicklung

Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister Stadt Altena

Kooperation vor Ort – Grundlage bürgernahe Stadtentwicklung

Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister Stadt Altena

Sehr geehrter Herr Hatzfeld, sehr geehrter Herr Kollege Jung, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist immer schwer, vor Kommunalen als Kommunalen mit einem Praxisbeispiel aufzutreten, denn viele von Ihnen tun dasselbe wie wir auch: Sie kümmern sich um die Anliegen von Bürgern, sie reden und setzen sich mit ihnen auseinander, sie beziehen sie ein. Insofern bitte ich, meine Ausführungen als ein Beispiel zu verstehen, das mannigfaltig um weitere Beispiele aus Ihren Kommunen ergänzt werden könnte. Und Herr Oberbürgermeister Jung, gestern konnten wir bereits in Ihrer Stadt interessante und beispielgebende Projekte besuchen, die Sie mit Ihrem Team entwickelt haben – es ist wirklich beeindruckend, was hier gestaltet wurde.

Wir haben gerade schon gehört, welche Probleme die Stadt Altena hat. Wir sind in Westdeutschland die Stadt mit den höchsten Bevölkerungsrückgängen der letzten 30 Jahren. Hintergrund ist u.a. der Abzug der Firma Graetz (später SEL bzw. Nokia), die erst mit Hilfe von Ziel II-Förderung der EU den Standort des Betriebs in Bochum erheblich erweiterte und von dort aus - ebenfalls mit EU-Mitteln der Ziel II-Förderung - nach Rumänien ging. Altena verlor mehr als 400 Arbeitsplätze – seit Mitte der 1960er / Anfang der 1970er Jahre waren es sogar mehr als 3.000 Arbeitsplätze. Aber Altena hat auch seine schönen Seiten – wie z.B. eine der schönsten Höhenburgen – sonst wäre ich vielleicht auch nicht mehr dort. Ich bin allerdings auch ein „Überzeugungstäter“, da ich selber hier geboren und nach vielen Aufenthalten in anderen Städten wieder in diese Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen zurückgegangen bin. Altena – die Stadt in der das weltweite Jugendherbergswerk gegründet wurde - liegt direkt an einem Fluss, der Lenne, inmitten einer bergigen Lage, d.h. die Häuser sind an den Hang gebaut und haben unverbaubare Sicht, allerdings auch Folgeprobleme wie Nässe in Kellern usw. . Der Fluss und die Stadt sind stark geprägt von der Drahtindustrie sowie Stahl- und Eisenverarbeitung, die besonders in den 1970er Jahren intensiv vertreten waren. Der Bereich der Eisenverarbeitung ist komplett abgewandert. Nach wie vor werden in Altena jedoch auf Stahldraht basierend ins-



Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister Stadt Altena

besondere Sicherheitskomponenten für die Auto-, Flugzeug-, Eisenbahnherstellung produziert.

Wie sind wir vor diesem Hintergrund in Altena zur bürgernahe Stadtentwicklung gekommen? Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen.

Pflasteraktionen 2000 - 2004

In Folge der Abwanderungen der Bürger und des damit einhergehenden Steuerverlustes – Altena ist eine der ärmsten Kommunen in Nordrhein-Westfalen – konnte und kann die Kommune nicht mehr viel bewegen. Der Einzelhandel kam mit seinen Problemen des rückläufigen Umsatzes zu mir und suchte die Schuld für diese Entwicklung weniger bei sich, sondern stellte vor allem die Forderung, die Stadt möge die Einkaufsstraße attraktiver gestalten. Das Geld dafür hatten wir nicht. Aber wir stellten die für Reparaturen der Straße vorgesehenen 8.000 Euro für die Neugestaltung zur Verfügung – unter der Voraussetzung, dass die Einzelhändler selber mit Hand anlegten! In den nächsten Tagen wuch die anfängliche Freude über diese Kooperation angesichts der damit verbundenen Herausforderungen. Ein Vorteil beim Umgang mit diesen Problemen

war für mich meine Ausbildung als Jurist und das Bewusstsein, dass sich für die Probleme irgendeine Lösung findet. Und das taten sie auch:

- Da stand die Frage im Raum: Was ist, wenn ein Stein auf den Fuß eines mit anpackenden Bürgers fällt? Hier wurde letztendlich auf die Einordnung der Mitwirkenden als Verwaltungshelfer zurückgegriffen. Mittlerweile gibt es in Nordrhein-Westfalen wie in anderen Ländern auch eine Versicherung für Ehrenamtliche – das ist eine große Erleichterung!
- Dann stellte sich die Frage, wie geht man mit der fehlenden Pflaster-Kompetenz der Mitwirkenden um? Schließlich sollte eine ansprechende Straßengestaltung und kein welliger Untergrund geschaffen werden! Diese Herausforderungen konnte gelöst werden, in dem den Mitwirkenden Profis, zwei Mitarbeiter vom Baubetriebshof, zur Seite gestellt wurden - zur Anleitung und Prüfung der ordnungsgemäßen Ausführung. Die Kollegen führten nach der Aktion aus, dass ihre Arbeit in der Stadt noch nie so Wert geschätzt worden war, wie bei diesem Pflasterprojekt.
- Ein weiteres Problem war die Lärmbelastungen bei den Anwohnern, denn die Einzelhändler konnten erst ab 19 Uhr mit der Arbeit beginnen. Und in den Abendstunden mit einem Presslufthammer in der engen Straße – das ist kein Vergnügen! Ehrlich gesagt hatte ich auf diese Frage auch keine Antwort, sondern habe dann -

was Bürgermeister häufiger machen - gesagt: „Wir machen das einfach mal“. Wir haben mit den Arbeiten begonnen und das Ergebnis war erstaunlich: Die Menschen haben sich gefreut, haben uns versorgt und gepflegt. Ich verdanke dem Projekt eine Reihe neu erworbener Kompetenzen – ich kann Ihnen jetzt auch in der Praxis zeigen, wie Pflastern geht!

Das Pflastern der Lennestraße erzeugte durchweg positive Resonanzen: Die Kollegen vom Baubetriebshof waren mächtig stolz, den Einzelhändlern, dem Bürgermeister, den Ratsmitgliedern ihr Wissen und ihre Kompetenzen weitergeben zu können. Die Einzelhändler – Einzelhandel kommt ja von einzeln handelnd - gaben zu verstehen, dass sie noch nie so viel miteinander geredet hatten – gibt es doch neben ihrer ganztägigen Tätigkeit und der in der Regel geringen Restfreizeit wenig Austauschmöglichkeiten. Diese besondere Aktion konnte in den folgenden Jahren verstetigt werden. Wir haben insgesamt acht Aktionen in vier Jahren durchgeführt und dabei ca. 500 m Straße erneuert. Das alte Pflaster haben wir an Private verkauft, die die Steine für ihre Vorgärten oder Garagenzufahrten nutzten. Das eingenommene Geld nutzten wir für die weiteren Pflasterarbeiten. Ergänzend kamen nach dieser ersten erfolgreichen Aktion für die Pflasterung der weiteren Straßenabschnitte noch Unterstützungen von lokalen Unternehmen hinzu.



Umbau des Lenneufers: links vorher, rechts nachher

Damit war der Anfang getan. Wir hatten festgestellt, dass man Menschen nicht nur durch theoretische Auseinandersetzungen wie Diskussionsrunden, sondern auch durch gemeinsames Anpacken einbinden und beteiligen kann. Eigentlich sollte diese Erkenntnis für Kommunen eine Selbstverständlichkeit sein, für kleine Kommunen ohnehin, für größere Kommunen und Großstädte ebenfalls. Unser Problem heute ist - und das gilt gleichermaßen für die Kleinstädte mit ihren Nachbarschaften und die Großstädte mit ihren Quartieren - unser sektorales, nach Fachbereichen organisiertes Denken und Handeln. Jeder Fachbereich - Herr Hatzfeld hat völlig recht - hat seine singulären Interessen. Ein solch singuläres Interesse ist z.B. der Wunsch der Kommunen, die Städtebauförderung nach oben zu bringen. Aber es gibt Gesamtinteressen des Staates, die fein auszutarieren sind. Und das ist nicht immer nur Friede, Freude, Eierkuchen. Dabei geht es immer um Geben und Nehmen und zugleich die Wahrung der eigenen Identitäten. Dieser Ansatz ist dem Bundesministerium für Bau Verkehr und Stadtentwicklung mit dem Städtebau bisher gut gelungen - und wird sicherlich auch weiterhin gut gelingen.

In Altena haben wir gemerkt, dass Bürger wieder stärker in ihrer Gesamtheit berücksichtigt und Stadt ganzheitlich gedacht werden muss. Wir müssen den Bürgern das Gefühl zurückgeben, das sie nicht Notnagel sind, aber wieder stärker in den Blickpunkt rücken. Dass es zu dieser geringen Berücksichtigung der Bürger gekommen ist, liegt meiner Meinung nach in der Philosophie der 1970er Jahre, in den man meinte, alles wird größer, schöner und bunter, alles ist bezahlbar und wo unzählige städtische Infrastruktureinrichtungen entstanden - meist ohne die betriebswirtschaftliche Grundlagen ausreichend zu prüfen. In dieser Zeit wurde den Bürgern das Gefühl vermittelt, bei der Entwicklung der Stadt zu stören. Die Aufgaben oblagen den hochgebildeten, hochbezahlten Fachleuten in den Rathäusern - die Bürgerin, der Bürger wurde weitgehend ausgesperrt in fast allen Themenbereichen. „Wir haben den Bürgern vorgegaukelt, es gibt eine Zukunft ohne dass er anpacken muss. Er muss nur bezahlen. Und irgendwann haben wir gemerkt, soviel wie er bezahlen müsste, können wir ihm gar nicht abverlangen“. Diese Diskrepanz müssen wir nach meinem politischen Verständnis wieder zu schließen versuchen, in dem wir gemeinsam mit den Bürgern agieren - sowohl in der Vorbereitung, in integrierten Entwicklungskonzepten, in der Durchführung, in Abstimmungsrunden,

im flankieren von Maßnahmen und in ihrer öffentlichkeitswirksamen Durchsetzung. Das Gegenbeispiel ist für mich Stuttgart 21 - dort wurde im Vorfeld viel zu wenig miteinander ausgetauscht.

Erforderliche Strukturanpassungsmaßnahmen lösen Eigeninitiative aus

Altena musste erst einmal sparen und Strukturanpassungen bei der städtischen Infrastruktur vornehmen, z.B. Schließung von Kindergärten, Grundschulen, Kirchen, Freibad, Streichung von Zuschüssen usw. - das war nicht unbedingt vergnügungssteuerepflichtig. Sie können angesichts der Streichliste sicherlich nachvollziehen, dass es nicht erfreulich ist, in der ersten Amtszeit gleich mit solch gravierenden Einschnitten Politik machen zu müssen - weder für das Rathaus, den Rat noch für den Bürgermeister. Aber wir mussten diese schmerzhaften Prozesse umsetzen, denn es stand keine Hilfe von außen zu erwarten. Bei diesem unangenehmen, aber transparent kommunizierten Prozess wurden den Menschen unserer Stadt deutlich: „Wir müssen selber etwas tun, die Stadt kann nicht mehr alles lösen“. Diese Einsicht ist der Hintergrund für die Pflasteraktion - es war deutlich geworden, dass die Stadt trotz aller Bemühungen kein Geld mehr hat, um z. B. das Freibad zu erhalten. Also müssen die Menschen selber mit Hand anlegen. Anknüpfend an Herrn Hatzfeld: Keiner macht das freiwillig. Aber wenn man eine Zwangslage hat, werden Kooperationen eher möglich als wenn man keine hat. Und je größer die Zwangslage, desto größer auch die Bereitwilligkeit und Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung. Ist doch klar, wenn ich abends genügend Geld in der Tasche habe und tagsüber einer für mich die Straße pflastert, muss ich nicht selber anpacken.

Integriertes, partizipatorisches Entwicklungs- und Handlungskonzept

Nach diesen Erfahrungen haben wir das Prinzip der Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt, und das in einer Zeit, in der integriertes Vorgehen noch keine Selbstverständlichkeit war. Für Westfalen stand Altena - neben der Großstadt Münster - beispielgebend für die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Gestaltungsprozesse mit den Bürgern. Wir haben Menschen zusammengeholt und mit Unterstützung einer Agentur Befragungen durchgeführt und ausgewertet, um zu sehen, welche Ziele und Vorstellungen seitens der Bevölkerung an

die Stadtentwicklung bestehen. Eines der Kernprobleme ist die Topografie der Stadt – was auch die Bürger deutlich formulierten. Ein zentrales Anliegen war, die Lenne wieder stärker in die Stadt einzubeziehen. Der Fluss, der in den 1970er Jahren aus Gründen des Hochwasserschutzes mit steilen „Hafenmauern“ versehen und durch Metallgitter abgeschirmt wurde, wurde in der Stadt mit Hochwasser und Gefahr gleichgesetzt. Die Assoziation „Fluss = Schönheit + Idylle“ gab es nicht. Hier wünschten sich die Bürger neue Blicke auf die Lenne. Ein weiteres Ziel betraf das Wahrzeichen der Stadt, die Burg Altena: Sie wird jährlich von 100.000 Menschen besucht, liegt allerdings auf einem Höhenrücken, der erklimmen werden muss. Diese Höhenlage war früher aus strategischen Gründen von hoher Bedeutung. Heute erweist sie sich als Hürde, denn die Besucher kommen, wenn sie denn hochgehen erschöpft an. Für viele Menschen, insbesondere jene mit Handicap stellt die Höhenlage eine deutlich Einschränkung dar. Nach dem Burgbesuch verlassen viele Besucher Altena schnell wieder und kommen nicht in die Innenstadt.

Exkurs: Blumenkästen an der Lenne

Die Bürger wollten gerne bepflanzte Blumenkästen entlang der Lenne aufhängen. Die Stadt hatte für diese Maßnahme kein Geld zur Verfügung. Daraufhin gründete sich ein Verein, der Blumenkästen kauft und bepflanzt. Die Kästen werden von einem ortsansässigen Gärtner gehegt und gepflegt. Jeder Bürger kann für 50 Euro Blumenkasten-Pate werden. Von anfangs ca. 80 Paten und Blumenkästen vor ca. 12 Jahren stieg die Zahl auf derzeit ca. 200 Blumenkästen und Paten.

Im unteren Bereich der Haupteinkaufsstraße Lennestraße mehrten sich die Leerstände in den Ladenlokalen. Sie sind gekennzeichnet durch kleine Ladenflächen, erschwerte Zugänglichkeit über Treppen usw.. Fast jedes zweite Ladenlokal stand leer. Aufgrund der räumlichen Nähe Altenas zu anderen Zentren wie Dortmund und Essen (ca. 45 Minuten mit dem Auto) mit ihren großen Einkaufsangeboten gibt es kaum realistische Möglichkeiten, hier attraktiven Einzelhandel anzusiedeln – zumal auf 80m² und angesichts des sich wandelnden Einkaufsverhaltens. Gemeinsam mit den Bürgern wurden für diesen Bereich der Lennestraße Leitlinien zur weiteren Entwicklung festgelegt und ganz wichtig: alle Fraktionen im Rat der Stadt unterstützten diese Ziele – einstimmig wurden 314 Maßnahmen in zehn Handlungsfeldern verabschiedet. Festgehalten wurden diese

Ideen und Vorstellungen 2007 im integrierten und partizipatorisch erarbeiteten Entwicklungs- und Handlungskonzept „Altena 2015“.

Schrittweise Umsetzung des integrierten Konzeptes

Aufbauend auf dem integrierten Handlungskonzept sollte zwei Jahre später mit den ersten Umsetzungen begonnen werden. Allerdings mussten zuvor – da die Stadt die Umsetzung nicht selber finanzieren konnte – die Förderungsmechanismen durchlaufen werden: das dauert! Zugleich waren die Bürger nach dem Beteiligungsverfahren an einer zügigen Umsetzung des Konzeptes interessiert und wollten sehen, was sie geplant hatten. In dieser Situation kamen erneut einige Einzelhändler auf die Stadt zu und schlugen in Anlehnung an die Pflasteraktion vor, bei der Neugestaltung des Eingangplatzes zum Stadtzentrum mit dem Busbahnhof ebenfalls selber Hand an zu legen. Die Kommune stimmte zu, konnte die Aktion aber nur mit wenigen Mitteln unterstützen. Aber es konnte erfolgreich weitere Unterstützung von lokalen Unternehmen eingeworben werden. Auf diese Weise wurde der erste Baustein des integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes umgesetzt.

Beim Besuch des damaligen Bauministers aus Nordrhein-Westfalen wurde dem verutzten Minister die eigenständig umgesetzte Neugestaltung vorgestellt – mit dem Hinweis, dass man notfalls auch weitere Bausteine des Konzeptes eigenständig umsetzen werde, wenn es keine Förderung gäbe. Der Minister war beeindruckt und kurz darauf erhielt die Lennestadt Fördermittel zur weiteren Realisierung ihrer Planung aus dem Städtebauförderprogramm „Stadtumbau West“. Da Altena als Kommune in vorläufiger Haushaltsführung nicht über die Finanzkraft verfügt, um den „großen Wurf“ zu machen, wurden die Maßnahmen in einzelnen Bauabschnitten ausgeführt: Im ersten Bauabschnitt wurde die Aufenthaltsqualität der Entlastungsstraße entlang der Lenne deutlich erhöht und eine Ampelanlage durch einen Kreisverkehr ersetzt. Im zweiten Bauabschnitt wurde diese Maßnahme in der Verlängerung der Straße fortgeführt. Diejenigen, die an der Planung mitwirkten – das war vor allem die „Mittelschicht plus / Minus“, da Sie immer nur einen Teil der Bevölkerung erreichen. Ganz alte und ganz junge Menschen, Migranten und Menschen aus sozial schwachen Haushalten brachten sich weniger in die Planung ein. Wir wollten Terrassen mit Gastronomie an die Lenne bringen, um den Fluss erlebbar zu machen. Natur-

lich gab es auch viele Skeptiker und Zweifler – die Lenne war für sie nach wie vor der bedrohliche und auch verdeckte Fluss wie vor 30 Jahre. Diese verrückten Maßnahmen – zwei Lenneterrassen – haben wir 2011 umgesetzt.

Der Burgaufzug

Im Bereich der Innenstadt sollten Läden angesiedelt werden, die wenig Verkaufsfläche benötigen und touristisch ausgerichtet sind. Aber wie sollten Gäste von der Burg Altena hinunter in die Altstadt kommen? Im Entwicklungs- und Handlungskonzept stand, dass die Burg an die Lenne und die Innenstadt angebunden werden sollte – aber dort stand nicht, wie dies geschehen könnte. Da half uns eine ganz besondere Projektidee: Nachdem in Gesprächen mit Fachleuten alle erdenklichen Möglichkeiten aufgrund logistischer Herausforderungen scheiterten, schien nur eine Ausnahme möglich: ein außen am Burgberg anzubringender Aufzug. Beim gemeinsamen Brainstorming innerhalb der Verwaltung kam eine weitere Idee hinzu: Man wusste, dass am Fuß des Burgbergs, dort wo der Aufzug ankommen soll, ein alter Luftschuttkeller ist. Die Idee, eines innenliegenden Aufzugs war entstanden. Eine Idee, die auch schon andernorts (Königstein, Rolands Eck, Obersalzberg, Graz ...) realisiert wurde. Altena hat das Glück, im Rahmen des Strukturwettbewerbs „Regionale“ in Nordrhein-Westfalen als Region gefördert zu werden und konnte sich mit dem Burgaufzug als Leitprojekt qualifizieren. Zitat der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen: „Eines der spannendsten Projekte der Regionale 2013“, denn der Aufzug soll auch noch bespielt werden. Edutainment lautet das Stichwort: Den Besuchern sollen Eindrücke vermittelt werden, die früher so gewesen sein könnten. Sie alle sind herzlich eingeladen, sich den Burgaufzug anzusehen! Ab Frühjahr 2014 startet der Betrieb und wir erwarten eine erhebliche Steigerung der Gästezahlen.

ExWoSt „Jugend belebt Leerstand“

Das ExWoSt-Modellvorhaben „Jugend belebt Leerstand“ in Altena vertiefen wir heute Nachmittag – deshalb verweise ich an dieser Stelle darauf, aber einige Vorher- Nachher Bilder geben Ihnen schon einen ersten Eindruck, was die Jugendlichen dort geschaffen haben.



Leerstehendes Ladenlokal wird durch eine Schülerfirma zum ObSt-Büro umgenutzt.

Politik für alle Generationen auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements

Stadtentwicklung ist für uns nicht nur Bauen und die gemeinsame Diskussion, wohin die Steine gebaut werden sollen. Stadtentwicklung ist auch Strukturveränderung. Wir haben deshalb mit der Bertelsmann-Stiftung und parallel zum integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept als eine von sechs Kommunen bundesweit im Rahmen des Programms „Neues Altern in der Stadt“ eine Altenplanung kooperativ mit allen Beteiligten entwickelt. Dabei konnte das Stellwerk – eine bürgerschaftlich betriebene Kontaktstelle zur Vermittlung und Koordination von bürgerschaftlichem Engagement - als eine der ersten Maßnahmen umgesetzt werden. Die Stadt sichert die Schnittstelle in die Stadtverwaltung hinein – ansonsten wird das Projekt eigenverantwortlich von Bürgern betrieben. Stellwerk erreicht ca. zwischen 700 und 1.000 Menschen, die nicht in Vereinen, Verbänden, Kirchen organisiert sind, die aber im Alter oder parallel zum Beruf bereit sind, zeitweise für und in der Stadt aktiv zu werden. Dabei ist die Fächerung der Aktivitäten breit angelegt und kommt den Generationen übergreifenden Miteinander hohe Bedeutung zu. U.a. werden durch die Vermittlung von Stellwerk junge Familien mit Hilfe der Unterstützung älterer Menschen entlasten oder erklären junge Menschen Älteren neue Techniken wie

Handys und Smartphones. Die Ergebnisse sind erstaunlich und erfreulich!

Im Rahmen des Programms „Modellvorhaben zum altersgerechten Umbau von Wohngebäuden, Wohnquartieren sowie der kommunalen und sozialen Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung haben wurde das Vorhaben „Soziales Miteinander der Generationen – Eine Nachbarschaft wird aktiv“ umgesetzt: Zwei von mehreren Projekten, die dabei umgesetzt wurden möchte ich Ihnen kurz skizzieren.

Dorfladen Dahle

In der Nachbarschaft Dahle wurde – trotz guter Versorgungslage- von den Bewohnern ein „Dorfladen wie früher“ gewünscht, verbunden mit dem Wunsch, neben dem Einkauf hier auch einen Treffpunkt und Kommunikationsort zu erhalten. Solche Läden tragen sich heute nicht mehr, niemand will dort einkaufen. Die einzige Möglichkeit zur Umsetzung dieses Wunsches liegt darin, dass die Dorfbewohner ihren Laden selber betreiben. In Dahle fanden sich unterschiedliche Menschen zusammen, um einen solchen Dorfladen aufzubauen. Dafür gründeten sie im April 2011 eine Genossenschaft und begannen das erforderliche Startkapital (30.000 Euro) zu sammeln. Im Oktober 2011 waren bereits 45.000 Euro eingeworben, aktuell beträgt das Eigenkapital ca. 65.000 Euro. Damit verfügt die Genossenschaft über eine ausreichende Rücklage auch für die schwierigen ersten zwei Jahre. Im Oktober 2011 wurde mitten im Ort



Blick in den Dorfladen in Dahle

der Barriere frei zugängliche Dorfladen eröffnet und bietet in Ergänzung zu den vorhandenen Discountern Frischfleisch, Käse, Wurst, Gemüse und regionale Produkte an. Neben dem Einkauf geht es hier um das Wahrgenommen, das mit Namen angeredet werden, um die Möglichkeit, sich auszutauschen und ein „Pröleken“ zu halten. Das Vorhaben ist erfolgreich – wenn auch nicht ohne Probleme.

Generationentreff Knerling

Ein anderes Beispiel ist die Geschichte einer leer stehenden Schule in einem Arbeiterviertel mit ca. 800 Bewohnern. Dass die aus 1900 stammende Schule leer stand, bekümmerte die dort überwiegend schon lange lebenden Menschen sehr und es gab Überlegungen, die Schule für die Nachbarschaft Knerling zu nutzen. Angestrebt war ein Ort der Begegnung, der in der Nachbarschaft fehlte. Die Stadt konnte dafür keine Ressourcen zur Verfügung stellen, aber die Bewohner ließen sich nicht entmutigen. Es fanden Erhebungen statt und viele Gespräche wurden geführt. Im Ergebnis entstand 2010 in dem Gebäude ein Treffpunkt für Jung und Alt: Auf Initiative und von den Nutzern umgesetzt entstanden ein Jugendraum, ein Raum mit einer Modelleisenbahn, einer mit einer Autorennbahn und insbesondere für die älteren Menschen gibt es einen selbstgestalteten Raum mit Küche als Ort der Begegnung und des Austausches. Der Stadt kostete das Projekte keinen Cent: weder für die Einrichtung noch für den laufenden Betrieb. Für die anfallenden Kosten werden Stiftungen und andere Unterstützungen eingeworben. Eigenständig richteten die Aktiven 2012 eine Knerling-Woche mit einem vielfältigen und gut besuchten Programm aus.

Das ObSt-Büro

Das jüngste Beispiel ist das ObSt-Büro: Der Verein für bürgerschaftliches Engagement e.V. – in dem neben dem Bürgermeister, dem Schulleiter, Ratsvertreterinnen und -vertretern auch andere Altenaer Bürger Mitglied sind – erwarb ein aus Altersgründen aufgegebenes Gebäude mit leerstehendem Ladenlokal in der Innenstadt und baut es nach und nach in Eigenleistung um. Im unteren Bereich siedelte sich eine Jugendfirma mit Unterstützung des ExWoSt-Vorhabens „Jugend belebt Leerstand“ an. Diese Initiative wird in einer der Arbeitsgruppen nach der Mittagspause vorgestellt.

Das all diese Aktivitäten und Großprojekte bei uns auch einer Begleitung bedurften, will ich nicht verhehlen. Wir



Blick in den Stollen während der Baustelle

haben in einer Zeit, in der Stuttgart 21 hochkochte, erlebt, dass Menschen sich gegen das Projekt des Burgaufzugs wehrten – was ich keinem Bürger verdenken kann. Wenn eine weltweit neue Idee wie der Edutainmentaufzug umgesetzt werden soll, ist das sicherlich für manche Bürger anstrengend und vermittlungsbedürftig. Wir haben diesen Bedarf frühzeitig erkannt und bei Projektbeginn Bürger in Workshops eingeladen, um in einem Ideen-Mining-Wettbewerb mit ca. 60 Bürgern – im Rückblick auch „Botschafter des Projektes“ – gemeinsam zu arbeiten. Diese Menschen haben sich an zwei Wochenenden viele Gedanken darüber gemacht, was bei der weiteren Planung und Umsetzung zu berücksichtigen ist. Als dann die Gegner des Projektes zu einem Bürgerbegehren aufriefen, blieb die Stadt relativ ruhig und begegnete dem Anliegen durch Offenheit, Mitnahme und Transparenz. Es wurden Führungen mit Erläuterungen in den Stollen des Burgaufzugs organisiert. Auf diesem Weg wurden 5.000 Bürger aus der Stadt und der Umgebung erreicht – eine Knochenarbeit für unseren Stadtplaner und die weiteren Beteiligten, die diese Begehungen persönlich durchführten. Aber es war ein guter Invest, denn diejenigen, die das Projekt kennengelernt hatten, haben gegengehalten gegen die Befürworter des Bürgerbegehrens – ihnen war die Bedeutung des Burgaufzugs für die Stadtentwicklung sehr deutlich geworden. Das Bürgerbegehren scheiterte kläglich – aber es war eine sehr anstrengende und wenig harmonische Zeit. Heute sehen Sie das Bild mit dem Blick in die Baustelle des Stollens, die in der Bevölkerung gut angenommen wird. Das Beispiel unserer im November 2011 eingeweihten Leneterrassen unter Beteiligung von völlig unerwarteten 4.500 Menschen zeigt, dass Bürger, wenn sie mitgenommen werden, sich für eine Sache engagieren. Organisatorisch hat uns die Einweihung mit so vielen Menschen völlig überfordert, das haben wir aber auch offen kommuniziert, denn wer stellt sich vorab vor, dass im November zu einer open air-Veranstaltung so viele Menschen kommen?

Ein ähnliches Erlebnis hatten wir auch jüngst an einem Sonntag, als wir den Stollen zum Burgaufzug öffneten: 1.000 Menschen nutzten das Angebot. Diese Besichtigung der offenen Baustelle bieten wir wieder zum Mittelalterfest an – das heißt natürlich auch Besichtigung nach Besichtigung nach Besichtigung nach Besichtigung ... und die Menschen immer wieder für das Projekt begeistern. Aber es geht und ich hoffe, dass das Projekt nach seiner Realisierung genauso erfolgreich ist wie in der Bewerbungsphase.

Fazit

Insgesamt als Fazit bleibt für mich zu sagen: Wir Kommunen können mit Bürgern, wir sind Bürger, wir kommen aus einer Tradition die so alt ist, wie nicht alle Menschen hier zusammengerechnet. Wir haben es verlernt, die Bürger stark einzubeziehen, zu fördern und zu fordern – wir müssen das wieder mehr tun!

Wir müssen unsere sektorale Sichtweise zugunsten einer ganzheitlichen Betrachtung hintenanstellen, zumal es in der Bevölkerung durchaus kompetente Menschen gibt, die uns partiell helfen können, wenn man sie an den richtigen Stellen einbindet. Dass wir diese Einbindung fördern müssen, steht für mich außer Frage – wahrscheinlich auch für die meisten der Anwesenden, denn ansonsten hätten Sie sich diesem Thema nicht gewidmet! Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam es schaffen, diese Welt noch etwas schöner zu gestalten – begleitet von Ministerien, die bürgerschaftlich denken. Uns allen heute noch viel neuen Input für diesen Weg.

Ich danke Ihnen!



**Podiumsgespräch:
Was macht eine erfolgreiche
Zusammenarbeit mit Bürgerinnen
und Bürgern aus?**

Podiumsgespräch: Was macht eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern aus?

Der Bundeskongress in Fürth machte auf die Bedeutung bürgernaher Stadtentwicklung und Aspekte der Kooperation mit lokalen Akteuren aufmerksam. An einem Podiumsgespräch nahmen daher Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Akteursgruppen teil, die im Rahmen verschiedener Modellvorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten. Die Bandbreite reichte vom aktiven Stifter über Quartiersgremien, privaten Eigentümern und Einzelhändlern bis hin zur Projektentwicklerin aus dem kreativen Milieu. Sie alle standen dem Moderatorenteam Heike Wohltmann und Martin Karsten Rede und Antwort zu ihren Motiven und Erfahrungen. Herr Krauß, Baureferent der Stadt Fürth kommentierte diese Erfahrungsberichte aus kommunaler Sicht.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn vertrat die Perspektive des Stifters. Im Rahmen von Restitutionsansprüchen hat er in den 1990er Jahren die Gebäude der in den 1920er Jahren erbauten Gartenstadt Atlantic im Berliner Ortsteil Gesundbrunnen geerbt. Diese Denkmal geschützte Siedlung befand sich seinerzeit in einem vernachlässigten Bauzustand. Herr Wolffsohn entschied sich, die 49 Gebäude mit 550 Wohnungen in eine AG zu überführen und zu sanieren.



Wenn Sie für soziale Stadtteilprojekte Geld von Unternehmen bekommen wollen, müssen Sie medial begleitet den Leuten auf den Wecker gehen und vermitteln, dass Sie nicht für sich schnorren, sondern für ein gutes Projekt.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn,
Lichtburg-Stiftung, Berlin

Menschenwürdiges Wohnen war das Leitbild der Sanierung und dazu gehört nach seiner Einschätzung nicht nur eine gute Wohnung, sondern auch das Wohlfühlen der Bewohner in ihrem Quartier. Zum Wohlfühlen wiederum gehören ebenso ein Wir-Gefühl im Kiez, Musik und Bildende Kunst sowie insgesamt gute Bildungschancen. Zu diesen haben allerdings viele Bewohner des Quartiers nur beschränkt

Zugang. Seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst setzte Herr Wolffsohn die erste Dividende von 170.000 Euro aus der AG als Grundstock für eine Stiftung ein.

Diese „Lichtburg-Stiftung“ hat sich zur Aufgabe gemacht, im sozial benachteiligten Quartier Gesundbrunnen ein qualitativ hochwertiges künstlerisches, musikalisches und naturwissenschaftliches Angebot für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Die Angebote heißen Lernwerkstatt Museum, Lernwerkstatt Klingendes Museum, Lernwerkstatt Zauberhafte Physik, Junge Lichtburg und Lichtburgforum. Die Lichtburg-Stiftung versteht sich als gemeinnützige Organisation zur Aktivierung finanzieller Mittel, um den Betrieb der Bildungsangebote für Kinder eines benachteiligten Quartiers zu sichern. Der jährliche Finanzbedarf liegt derzeit bei ca. 200.000 Euro. Dieses Finanzvolumen wird in der Hauptsache durch den persönlichen Einsatz des Stifters und seiner Frau sowie des Projektkoordinators eingeworben. Die Erfahrungen aus dieser Tätigkeit sind: Von Unternehmen erhält man Spenden, wenn man den Verantwortlichen mit der Spendenwerbung „auf den Wecker“ geht, die Projekte von medialer Multiplikation begleitet werden und sichtbar sind. Wichtig für das Einwerben von Spenden sind Kontakte und Netzwerke in Unternehmenskreisen, eine gewisse Prominenz und Chuzpe. Letzteres meint eine zielgerichtete Mischung aus intelligenter Unverschämtheit, charmanter Penetranz und unwillkürlicher Dreistigkeit des Einwerbers. Im Berliner Ortsteil Gesundbrunnen, direkt angrenzend an den Wedding finden sich keine Unternehmen, die das Vorhaben unterstützen. Daher werden u. a. externe und überregional tätige Großunternehmen gezielt angesprochen. Die Lichtburg-Stiftung schafft innovative Bildungsangebote und versucht diese dann, wenn sie erfolgreich sind, in eine etablierte Organisation (z. B. Kommune) zu überführen. Mit einem solchen Konzept können Stiftungen wichtige Beiträge für die soziale Stadtteilentwicklung leisten.

Dr. Holger Neumann ist Landesvorsitzender von „Haus und Grund Sachsen-Anhalt e. V.“ sowie des Stadtverbandes von „Haus und Grund“ in Magdeburg. In diesen Funktionen und als Eigentümer einer Altimmoblie in Magdeburg vertrat er die Perspektive der privaten Eigentümer auf dem Podium. Herr Neumann führte aus, dass – historisch gesehen – private Eigentümer immer die Städte gestaltet haben. Erst mit dem Bauplanungs- und Bauordnungsrecht hätten sich die Kommunen die Gestaltungskraft der Stadtentwick-

lung angeeignet. In der Folge wäre eine Arbeitsteilung entstanden: Eigentümer kümmerten sich um ihr Haus, Kommunen um die Stadtentwicklung. In jüngerer Zeit ändere sich allerdings etwas an dieser



Früher haben wir uns als Eigentümerschutz-Gemeinschaft „Haus & Grund“ in Fragen der Stadtentwicklung nur verbal eingebracht, heute gestalten wir in Modellvorhaben mit.

Dr. Holger Neumann,
Haus & Grund Magdeburg e.V.

Arbeitsteilung: den Kommunen gehe das Geld aus und damit einher wird auch ihre Steuerungskraft in der Stadtentwicklung geringer. Und auch die Nachfrageschwäche an vielen Standorten lässt die Bedeutung der Quartiersperspektive für die Wertentwicklung von Gebäuden steigen. Damit nimmt von Seiten der Kommunen und der Eigentümer die Notwendigkeit von Kooperation zu. Gerade die Leerstandsproblematik zwingt zur Zusammenarbeit. Die traditionelle Rolle von „Haus und Grund“, ihre Mitglieder insbesondere im Hinblick auf juristische Fragestellungen zu beraten, stößt an ihre Grenzen. Eine Ausweitung der Dienstleistung auf Fragen der Stadtentwicklung wird nötig. Folgende Aspekte sind dabei laut Herrn Neumann zu berücksichtigen:

- Es ist auch für „Haus und Grund“ eine große Aufgabe, Eigentümern zu erläutern, dass Nachbarschaft und Quartier eine zunehmende Bedeutung für die Wertentwicklung ihrer Gebäude besitzt.
- Nachdem in Ostdeutschland lange Zeit der Fokus der Kooperation auf großen Wohnungsunternehmen lag, nehmen Kommunen mittlerweile auch die Zusammenarbeit mit privaten Eigentümern stärker in den Blick. In Westdeutschland, insbesondere auch im nördlichen Ruhrgebiet, ist dies schon früher der Fall gewesen.
- Wenn Eigentümer nicht am Ort wohnen, ist dies nicht gleichzusetzen mit problematischen Verhältnissen: Denn es ist nicht entscheidend, wo ein Eigentümer wohnt, sondern wie er sich um seine Immobilie kümmert.
- Zusammenschlüsse von Eigentümern auf Quartiers-ebene könnten helfen, sind aber schwierig zu initiieren.

Mathias Baudenbacher, Sprecher des Magistralenrats der Georg-Schumann-Straße in Leipzig, erläuterte die Gründe für seine Mitarbeit in diesem Quartiersgremium. Nachdem er mit seiner Familie eine Immobilie an der Magistrale erworben hatte, wurde er auf das Informationszentrum aufmerksam, in dem das Magistralenmanagement arbeitet. Er kam ins Gespräch und ließ sich in Aktivitäten einbinden. Später wurde er vom Management angesprochen, ob er sich vorstellen könne, im neunköpfigen Magistralenrat ehrenamtlich mitzuwirken und damit als Botschafter der Bürger zu fungieren. So sieht er auch heute die Rolle des Gremiums: Es bildet die Brücke von der Verwaltung zu den Bürgern, nimmt Einfluss auf den Aufwertungsprozess, dient aber auch als Vermittler. Diese Vermittlungsfunktion ist in besonderer Weise gefragt gewesen, als 2012 die Rückführung der Straßen von vier auf zwei Fahrbahnen mit Radfahrstreifen als Sofortmaßnahme durch Abmarkierungen erfolgte. Die Maßnahme war in der Öffentlichkeit umstritten und der Magistralenrat nahm seine Rolle ernst, diesen Diskussionsprozess mit zu gestalten. Eine weitere wichtige Aufgabe des Rates liegt in der Mittelverwaltung des Verfügungsfonds, der die Förderung kleinerer Projekte ermöglicht. Zwischen Kommune, beauftragtem Magistra-



Der Magistralenrat versteht sich als Botschafter der Bürger und Partner des Magistralenmanagements.

Mathias Baudenbacher,
Magistralenrat Leipzig

lenmanagement und dem Magistralenrat verläuft nach Einschätzung von Herrn Baudenbacher die abgestimmte Arbeitsteilung durchaus erfolgreich. Als Belastungsprobe der Zusammenarbeit nimmt er aber die kürzlich von der Verwaltung getroffene Entscheidung wahr, die personelle Zusammensetzung des Magistralenmanagements zu verändern. Hier hätte sich Herr Baudenbacher eine stärkere Einbeziehung und Kommunikation mit der Verwaltung gewünscht.



Die Podiumsteilnehmer im Gespräch mit den Moderatoren

Jan Schultheiß, Eisenbahnstraßenkoordinator in Eberswalde, erläuterte die Sichtweise von Einzelhändlern auf städtebauliche Aufwertungsprozesse. Beauftragt von einem Zusammenschluss von Wirtschaftstreibenden – dem Wirt-



Bei der Belegung von Hauptverkehrsstraßen gilt es die Kräfte zu bündeln: Einzelhändler, Dienstleister und Bewohner sollten sich gemeinsam organisieren.

Jan Schultheiß,
Büro die raumplaner, Eisenbahnstraßenkoordinator in Eberswalde

schafts-Interessen-Ring Eberswalde e.V. – verfügt er über einen guten Einblick in die Motivation der Einzelhändler. Nach Einschätzung von Herrn Schultheiß sind die Motive zur Mitwirkung sehr unterschiedlich: Langjährige und persönliche Bindungen an einen Standort spielen eine wichtige Rolle, ebenso wie ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Bedeutung von Standortmarketing für den Verkaufserfolg des eigenen Betriebs. Manchmal sind es aber auch gerade die neu hinzugezogenen Händler, die die Vorzüge des Standortes erkennen und aktiv vorantreiben möchten. Eine wichtige Rahmenbedingung für die aktive Mitarbeit bei der Aufwertung der Straße sind freie Ressourcen: Einzelhändler mit mehreren Angestellten verfügen dabei über günstigere Voraussetzungen als solche, die ständig persönlich in ihrem Geschäft präsent sein müssen. Herr Schultheiß ist von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses von Gewerbetreibenden an einem Standort überzeugt, wobei er die Organisationsform als informelle Gemeinschaft, Verein oder Genossenschaft für eine untergeordnete Fragestellung hält: Wichtig ist die Verbindlichkeit der Zusammenarbeit der Akteure, weniger die Rechts-

form. Allerdings könne eine formelle Organisationsform wie ein Verein die Handlungsfähigkeit erleichtern. Gerade an „kleineren“ Standorten müssen die Kräfte gebündelt werden: Hier sollten die Einzelhändler und interessierte Anwohner eine gemeinsame Plattform bilden und unter Umständen ihre unterschiedlichen Interessen in Arbeitsgruppen differenzieren, statt zwei unterschiedliche Kooperationen zu gründen. Wichtig ist aus Sicht des Eisenbahnstraßenkoordinators auch die gezielte Koordination bei räumlich oder inhaltlich verwandten Initiativen. So treten beispielsweise in Eberswalde das City-Management, ein Stadtmarketing und die Eisenbahnstraßenkoordination gelegentlich als „Forum Innenstadt“ nach außen auf und vermitteln ihre jeweiligen Aktivitäten aufeinander abgestimmt.

Uta Linde, Erlebnispädagogin aus Magdeburg, ist zusammen mit drei weiteren Akteuren Teil der Interessengemeinschaft Werk 4, die im altindustriell geprägten Stadtteil Buckau das über 10.000 m² große Gelände einer ehemaligen Dampfbierbrauerei erworben hat. Ziel ist die Wiederbelebung der Industriebrache u. a. durch einen Künstler- und Gewerbehof. Werk 4 ist selber Teil einer Kreativszene, die Buckau als anregenden Standort für künstlerisch-krea-



Unsere Vision ist: Unser Eigensinn von Werk 4 und der Eigensinn der Künstler ergibt ein gemeinsames Drittes. Nur mit Vielen können wir diese große Industriebrache wiederbeleben.

Uta Linde,
Werk 4, Magdeburg

tive Aktivitäten in den Blick genommen hat. Frau Linde plant als leidenschaftliche Klettererin den Bau einer



Die meisten Teilnehmenden kamen aus dem Bereich der Kommunen und ihren Dienstleistern

anspruchsvollen Boulder-Halle auf dem Gelände. Mit 7.000 m² Gebäude- und 3.000 m² Freifläche ist das Gelände groß genug als Standort für viele unterschiedliche kreative, sich gegenseitig befruchtende Nutzungen. Frau Linde macht die Erfahrung, dass es zahlreiche Künstler und Handwerker gibt, die Flächen zwischen 70 und 100 m² suchen: zum eigenen Schaffen, für Ausstellungen und als Lager. Anziehend finden Akteure aus dem Kreativmilieu die Mischung von Nutzungen und die Möglichkeit der Begegnung mit anderen Akteuren aus der Szene. Deshalb ist es für die Belegung des Geländes wichtig, Begegnungen zwischen den Nutzern zu schaffen sowie Raum für Diskussionen und

Gestaltung zu bieten. Dies gelingt nach Frau Linde nur, wenn genügend Freiraum verbleibt, der nicht durch zu enge Vertragslösungen eingeschränkt werden darf. Wenn Raum für genügend Begegnung vorhanden ist, sei Unverbindlichkeit der Akteure kein Problem. Derartige Entwicklungen wie für den Künstler- und Gewerbehof sind prinzipiell übertragbar. Wichtig ist dabei jedoch die Vision. Diese sucht sich dann ihren Raum. Auf die Frage, ob eine Kommune diesen Prozess unterstützen kann antwortet Frau Linde deutlich mit „Ja“ – durch Freiraum zum Gestalten.



Abfrag zur Bewertung bürgernahe Stadtentwicklung



Trotz sommerlicher Hitze waren die Teilnehmenden konzentriert beim Thema

Joachim Krauß, Baureferent der Stadt Fürth mit langjährigen Erfahrungen in der Kooperation mit Privaten in der Stadtentwicklung, kommentierte einzelne Aspekte der Diskussion:

- Grundsätzlich wünschenswert sind natürlich solche umfassenden privaten Initiativen wie sie Herr Prof. Dr. Wolffsohn vorgestellt hat. Diese Ansätze seien aber sehr selten, und der Kommune käme nur die Rolle zu, Hindernisse aus dem Weg zu räumen.



Private Akteure in Stadtentwicklungsprozesse zu integrieren ist mit hohem Koordinationsaufwand verbunden. Für diese notwendige Aufgabe brauchen die Kommunen Unterstützung von Land und Bund.

Joachim Krauß,
Stadt Fürth

- Viel häufiger sähe sich die Kommune in der Aufgabe der Koordinatorin oder Initiatorin von privaten Initiativen. Diese Aufgabe erläuterte er an zwei Beispielen: Beim Projekt „Gesund und fit in Fürth“ bedient sich die Stadt Dienstleistern, die in ihrem Auftrag Netzwerke der Gesundheitsförderung in Quartieren gründen und Maßnahmen umsetzen. Diese Dienstleister benötigen Freiraum, ihre Legitimation erfolgt über regelmäßige Berichterstattung in Gremien. Bei der Unterstützung der Kooperation von Einzelhändlern ist in Fürth ein anderer Weg beschritten worden: Es wurde eine hauptamtliche Stelle in der Verwaltung eingerichtet. Die Beispiele zeigen, dass für jede Aufgabe spezifische Organisationsformen gefunden werden müssen.

- Grundsätzlich sähen sich die Kommunen in dem Dilemma, dass die Verwaltungsressourcen geringer werden, zugleich aber die Koordinierungsbedarfe für Aktivitäten steigen. Die Kommunen bräuchten dringend Unterstützung durch Bund und Länder für derartige Aufgaben.



Arbeitsgruppen: Perspektiven erfolgreicher Kooperation vor Ort

Arbeitsgruppen zu stadtentwicklungspolitischen Handlungsfeldern

Arbeitsgruppen: Perspektiven erfolgreicher Kooperation vor Ort

Damit die Erfahrungen der Modellvorhaben auch konkrete Anregungen für die Stadterneuerungspraxis bieten, wurden in Arbeitsgruppen verschiedene stadtentwicklungspolitische Handlungsfelder behandelt und durch praxisnahe Erfahrungen unterlegt. Ziel der Arbeitsgruppen war es, Aufmerksamkeit auf die jeweiligen Handlungsfelder zu lenken und modellhafte Ansätze der bürgernahen Stadtentwicklung durch Kooperation vorzustellen und weitere Anregungen für bürgernahe Stadtentwicklung aufzunehmen.

Folgende drei Arbeitsgruppenthemen wurden angeboten:

- Arbeitsgruppe 1: Integrierte Strategien für Hauptverkehrsstraßen
- Arbeitsgruppe 2: Gesundheits- und Kulturförderung im Quartier
- Arbeitsgruppe 3: Leerstandsbewältigung und Quartiersbelebung

Bei der Darstellung und Diskussion der jeweiligen Modellvorhaben standen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Wer kooperiert mit wem in welcher Form?
- Welche Erfahrungen liegen bei der Zusammenarbeit mit Bürgern vor?
- Wie funktioniert die Kooperation mit lokalen Einrichtungen?
- Welche Empfehlungen für Bund, Länder und Kommunen lassen sich aus der bisherigen Praxis ableiten?



Ergebnisdokumentation der Arbeitsgruppe 3



Integrierte Strategien für Hauptverkehrsstraßen

Integrierte Strategien für Hauptverkehrsstraßen

Hauptverkehrsstraßen sind als Handlungsfeld der Stadtentwicklung offensichtlich derzeit noch ein Zukunftsthema. Diesen Eindruck vermittelte der im Vergleich zu den anderen angebotenen Arbeitsgruppen kleine Teilnehmerkreis, aber auch der Verlauf der Diskussion. Insofern leisten die vorgestellten Modellvorhaben in Eberswalde (Brandenburg), Leipzig (Sachsen) und Saarbrücken (Saarland) wichtige Pionierarbeit.

Integrierte Strategien für die Eisenbahnstraße in Eberswalde

Frau Leuschner, Leiterin des Stadtplanungsamtes in der Stadt Eberswalde, erläuterte das Vorhaben zur Aufwertung der Eisenbahnstraße: Die Straße stellt eine wichtige Verbindungsachse zwischen Bahnhof und Innenstadt dar. Trotz des bestehenden Sanierungsbedarfs eines Teils des Gebäudebestands, insbesondere einzelner Stadtbild prägender Gebäude und trotz der hohen Verkehrsbelastung, ist die Eisenbahnstraße nach wie vor ein wichtiger Wohn- und Einkaufsstandort. Ein Beleg für die Bedeutung sind die ca. 150 Unternehmen und Einrichtungen des Einzelhandels, von Dienstleistung, Handwerk, Gewerbe, Gastronomie und Gemeinbedarf. Die Bedeutung des Standorts hat aber in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen, wovon auch der ca. 20 % ige Wohnungsleerstand zeugt. Neben der Umgestaltung des Straßenraums, dessen vierter und letzter Bauabschnitt im Frühjahr 2013 gestartet wurde, konnten bis heute zahlreiche investive Maßnahmen an Gebäuden und im öffentlichen Raum mit Mitteln der Städtebauförderung und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) umgesetzt werden. Als wichtige

Kooperationsaspekte sind hervorzuheben:

- Mit finanzieller Unterstützung aus der Bundesinitiative „Kooperation konkret“ wurde 2012 unter Beteiligung von Wirtschaftstreibenden, Eigentümern und Anwohnern ein integriertes Handlungskonzept „Eisenbahnstraße – gemeinsam für mehr Lebensqualität“ erarbeitet. Diese Erarbeitung hat die Identifikation mit dem Standort gestärkt und Schwerpunkte herausgearbeitet. In einem Werkstattgespräch wurde unter Beteiligung der Öffentlichkeit eine Priorisierung der Maßnahmen aus dem integrierten Handlungskonzept vorgenommen.
- Als Koordinator für die Akteure und für die Steuerung der Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts fungiert in einem eigens dafür geschaffenen Projektbüro in einem leer stehenden Ladenlokal eine „Eisenbahnstraßenkoordination“, die von dem bereits im Quartier tätigen Wirtschafts-Interessen-Ring Eberswalde (WIR) e.V. geführt wird. Damit soll eine neue Qualität bei der Kooperation zwischen Verwaltung und privaten Akteuren erreicht werden.
- Ein Aktionsfonds, der mit geringem administrativem Aufwand kleine Projekte fördert, dient ebenfalls der Initiierung privater Initiativen vor Ort.

Integrierte Strategien für die Georg-Schumann-Straße in Leipzig

Frau Lertz vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig berichtete über Aktivitäten entlang der Magistrale Georg-Schumann-Straße. Diese Aktivitäten basieren auf dem „Integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020“, das die Aufwertung von Ma-

Eisenbahnstraße – gemeinsam zu mehr Lebensqualität

Stadt / Bundesland:	Eberswalde (41.500 EW) / Brandenburg
Projektträger:	Stadt Eberswalde
Kooperationspartner:	Wirtschafts-Interessen-Ring Eberswalde (WIR) e.V. / Ernst Basler + Partner GmbH
Weitere Infos / Kontakt:	www.eisenbahnstrasse-eberswalde.de Stadt Eberswalde, Baudezernentin Anne Fellner, E-Mail: a.fellner@eberswalde.de



Eisenbahnstraße in Eberswalde

gistralen als besonderen Handlungsschwerpunkt ausweist. Als Herausforderungen sind die Wohnungs- und Ladenleerstände, punktuell vom Verfall bedrohte, ruinenhaft anmutende Gebäude und erhebliche Qualitätsdefizite im öffentlichen Raum zu nennen. Der Straßenraum ist nach wie vor stark verkehrsdominiert mit erheblichen Konflikten und Gefahren und bedarf einer grundlegenden Neugestaltung. Als Entwicklungsziel wird die Wiederbelebung zu einer urbanen Wohn- und Geschäftsstraße angestrebt, strategieleitend ist die Konzentration der Aktivitäten auf wichtige Areale im Sinne einer „Perlenschnur“. Die Maßnahme, die bislang die höchste öffentliche Aufmerksamkeit erhalten hat, war die Abmarkierung von Radwegen und Parktaschen - mit Reduzierung der Fahrstreifen von vier auf zwei - als Sofortmaßnahme im Sommer 2012. Für drei große öffentliche Plätze sind Umgestaltungen in der Planung. Erste Erfolge zeichnen sich bei der Beseitigung von Leerstand v. a. in den Ladenzonen ab.

Als wichtige Kooperationsaspekte sind hervorzuheben:

- 2011 startete ein so genanntes „Magistralenmanagement“, das Management-, Organisations- und Beratungsaufgaben im Prozess übernimmt, lokale Akteure aktiviert und Förderprogramme koordiniert. Öffentlichkeitsarbeit und Koordination eines Verfügungsfonds sind weitere Aufgaben eines Teams, das an Werktagen ganztägig in einem Infozentrum ansprechbar ist.
- Ein neunköpfiger Magistralenrat bündelt die Interessen der Bürgerschaft und Anlieger im Aufwertungsprozess. Er begleitet die Strategieentwicklung und den Umsetzungsprozess und entscheidet über die durch den Verfügungsfonds unterstützten Projekte. Ein Teamwechsel im Magistralenmanagement im Frühjahr 2013 hat zu

Reibungsverlusten bei der Zusammenarbeit mit dem Magistralenrat geführt.

- Zur Unterstützung der Gemeinwesenarbeit wurde mit finanzieller Hilfe durch die Arbeitsmarktförderung ein Stadtteilservice eingerichtet. Im Stadtteilservice stehen vier Arbeitskräfte zur Verfügung, die Dienstleistungen im Rahmen gemeinnütziger Aufgaben übernehmen (z. B. Unterstützung bei Festen, kleinere Reparaturen im öffentlichen Raum oder in Gebäuden gemeinnütziger Vereine etc.).

Integrierte Strategien für die Mainzer Straße in Saarbrücken

Monika Kunz, Leiterin des Stadtplanungsamtes der Stadt Saarbrücken berichtete, dass die Verkehrsbelastung der Mainzer Straße von 6.000-10.000 KFZ/Tag zu „Nebenwirkungen“ (Lärm- und Feinstaubbelastung, mangelnde Verkehrssicherheit) mit negativen Auswirkungen führt: erhebliche Defizite im öffentlichen Raum, instabile Geschäftslagen mit hoher Fluktuation, Leerstände sowie unattraktive Wohnstandorte. Sanierungsstau und Verfall der angrenzenden Gebäude sind weitere Folgen. Baulich weist die Mainzer Straße auf einer Länge von knapp zwei Kilometer alle charakteristischen Zustände von gründerzeitlicher Homogenität bis zur Auflösung der städtischen Dichte und Überleitung in vorstädtische Strukturen, von fast verkehrsberuhigter Beschaulichkeit bis starker Dominanz großflächiger Verkehrsanlagen auf. Da das Quartier nicht innerhalb eines Städtebauförderungsgebietes liegt und kaum finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, sind bauliche Maßnahmen nur in sehr geringem Umfang und eine Unterstützung der Eigentümer nur in Form von Beratung möglich. Das hohe

Georg-Schumann-Straße: geschäftig – spannend – sozial

Stadt / Bundesland:	Leipzig (523.000 EW) / Sachsen
Projektträger:	Stadt Leipzig
Kooperationspartner:	Magistralenrat, GRAS - Gruppe Architektur & Stadtplanung, Dresden
Weitere Infos / Kontakt:	www.schumann-magistrale.de Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Julia Lertz, E-Mail: julia.lertz@leipzig.de



Georg-Schumann-Straße in Leipzig

Städtebauliche Aktivierung der Mainzer Straße

Stadt / Bundesland:	Saarbrücken (179.000 EW) / Saarland
Projektträger:	Landeshauptstadt Saarbrücken
Kooperationspartner:	Interessengemeinschaft Quartier Mainzer Straße, einzelne Eigentümer und Anwohner
Weitere Infos / Kontakt:	www.saarbruecken.de/de/rathaus/stadtentwicklung/staedtebauliche_reaktivierung_der_mainzer_strasse Landeshauptstadt Saarbrücken, Stadtplanungsamt, Monika Kunz, E-Mail: monika.kunz@saarbruecken.de



Aktion in der Mainzer Straße in Saarbrücken

Engagement und Interesse vor Ort, z. B. durch eine Interessengemeinschaft (IG) Mainzer Straße, bieten der Stadtverwaltung Anknüpfungspunkte und eine Austauschplattform zur Kommunikation.

Wichtige Kooperationsaspekte sind:

- Auf Straßenfesten wurden mit Informationsständen und Kurzbefragungen die Interessen der Bewohnerschaft und der Anlieger erhoben. Die Abfrage von Defiziten und Darstellung auf Karten hat sich bei solchen Festen bewährt.
- In einer Bürgerwerkstatt wurden vier Handlungsschwerpunkte definiert und genauer untersucht. Im Mittelpunkt stand dabei u. a. die Sensibilisierung privater Eigentümer für baukulturelle Aspekte.
- Eine erste „sichtbare“ Maßnahme war wichtiger Bestandteil für das Kooperationsanliegen: Gemeinsam mit einer Hotelbetreiberin wurde eine bisher minderwertig genutzte Fläche als zusätzlicher gastronomischer Außenbereich gestaltet.

Die Diskussion zu den drei Modellvorhaben zu Hauptverkehrsstraßen legt folgende Rückschlüsse nahe:

- Eine Erschwernis im Hinblick auf Beteiligungs- und Kooperationsaspekte bei Hauptverkehrsstraßen stellt der Mangel an Identifikation dar. Lokale Identifikation entfaltet sich meist in Quartieren, aber nicht entlang von Straßen.
- Eine Aufwertung von Hauptverkehrsstraßen gelingt nur in Zusammenarbeit mit Anwohnern, Eigentümern und Wirtschaftstreibenden. Die Anbahnung von Kooperation erfordert Personalressourcen bei der Kommune oder bei Beauftragten. Erst die Verfügbarkeit von

Fördermitteln für Managementaufgaben für die Gebietskulisse Hauptverkehrsstraße bietet Chancen, die Kooperationspotenziale zu erschließen. Ein Vor-Ort-Büro wird als unverzichtbares Element der Aktivierung wahrgenommen.

- Ein wichtiges Nahziel einer Aufwertungsoffensive stellt die Initiierung einer Kooperation wichtiger Akteure entlang der Hauptverkehrsstraße dar. Die Organisationsform und die Zusammensetzung der Akteure ist abhängig von den örtlichen Gegebenheiten. Um die privaten Akteure in die Verantwortung zu nehmen, kann es sinnvoll sein – wie in Eberswalde – Fördermittel an den Kooperationspartner weiterzuleiten, damit der den Managementprozess übernimmt. Aber auch diese Form der Zusammenarbeit stellt keinen Garant dafür dar, dass sich die Initiative verstetigt. Grundsätzlich ist von Schwankungen des Engagements Privater im langjährigen Prozess auszugehen.
- Förderprogramme sind nicht auf lineare Strukturen von Hauptverkehrsstraßen ausgerichtet. Diese Rahmenbedingung wirkt sich hemmend auf Aufwertungsprozesse aus. Eine Forderung an Bund und Länder ist daher, Förderinitiativen unterschiedlicher Ressorts zu bündeln und in Form von Budgets für relevante Gebietskulissen auszureichen.



Gesundheits- und Kulturförderung im Quartier

Gesundheits- und Kulturförderung im Quartier

Die Themen Gesundheit und Kultur sind relativ junge Themen in der Stadtentwicklung. Für ihre Integration in Prozesse der Quartiersentwicklung liegen noch keine Routinen vor. Die vorgestellten Modellvorhaben belegen die hohe Bedeutung der Themen für ein – im ganzheitlichen Sinne verstandenes – gesundes Leben in der Stadt.

So vielfältig die Themen, so unterschiedlich sind auch die Projektträger der Modellvorhaben und die an der Umsetzung beteiligten Akteure. Auch die Vorgehensweisen unterscheiden sich. Dies ist in der Hauptsache der Tatsache geschuldet, dass die Projektkonzeption an den lokalen Gegebenheiten ausgerichtet werden muss!

Die rege Teilnahme an der Arbeitsgruppe zeigte, dass ein großes Interesse an den Themen „Gesundheit“ und „Kultur“ als Handlungsfelder der Stadtentwicklung besteht. Vorgestellt wurden das Modellvorhaben aus Fürth (Bayern) zum Thema Gesundheitsförderung, der Mikrokosmos Gartenstadt Atlantic in Berlin und die Entwicklung Magdeburg-Buckaus (Sachsen-Anhalt) zum Kunst- und Kulturstandort.

Gesund und fit im Stadtteil in Fürth

Frau Göttlein und Herr Meyer, die als Umsetzungspartner der Stadt Fürth im Modellvorhaben tätig sind, erläuterten das Zustandekommen der sozialraumorientierten Gesundheitsförderung im Soziale Stadt – Quartier der Stadt Fürth. Aufbauend auf diesen Strukturen und Erfahrungen werden in der Innenstadt und drei Schwerpunktstadtteilen mit einem hohen Anteil benachteiligter Bewohnergruppen Informations- und Beratungsangebote sowie investive gesundheitsfördernde Maßnahmen umgesetzt. Diese Umsetzung erfolgt in enger Kooperation und Abstimmung mit lokalen Einrichtungen und Akteuren. Bei den bauli-

chen Umsetzungsprojekten können größere Investitionsmaßnahmen (z. B. eine Beleuchtungsanlage auf einem zentral gelegenen Jedermann-Sportplatz) von kleineren Mikrofondsprojekten (z. B. Schulgärten oder eine mobile Skateranlage) unterschieden werden. Besonders hoch ist die Nachfrage nach der Neuanlage oder Weiterentwicklung von Schulgärten. Eine Krankenkasse unterstützt die präventions- und gesundheitsfördernden Maßnahmen und leistet dadurch einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheiten von Gesundheitschancen. Wichtige Kooperationsaspekte des Modellvorhabens sind:

- Die Entwicklung und Planung der gesundheitsfördernden Aktivitäten erfolgt in intensiver Auseinandersetzung mit den lokalen Einrichtungen in den Schwerpunktstadtteilen, um Maßnahmen an den spezifischen Bedarfen ausrichten und die bestehenden Ansätze im Quartier dafür nutzen zu können.
- Damit die Zielgruppen durch ihnen vertraute Menschen an gesundheitsfördernde Aktivitäten herangeführt werden, nehmen die Akteure der Vor Ort-Einrichtungen an Schulungen externer Experten zu den jeweiligen Fragestellungen teil und geben dann ihr Wissen an die Teilnehmenden vor Ort weiter.
- Der Aufbau und die Pflege funktionsfähiger Netzwerke zur Gesundheitsförderung auf Quartiersebene sind das A und O für das Gelingen der Prozesse. Dabei handelt es sich in der Regel um öffentlich-private Netzwerke. Eine hohe Bedeutung für gelingende Kooperationen haben direkte persönliche Kontakt („man kennt sich“).
- Zur Kommunikation der Kooperationen nach außen wird eine intensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt, die auch anregend für weitere potenzielle Kooperationspartner wirkt.

Gesund und fit in der Stadt Fürth

Stadt / Bundesland:	Fürth (115.000 EW) / Bayern
Projektträger:	Stadt Fürth
Kooperationspartner:	Projektagentur Göttlein / Planungsgruppe Meyer-Schwab-Heckelsmüller
Weitere Infos / Kontakt:	Stadt Fürth, Baureferat, Stefan Kunz, E-Mail: stefan.kunz@fuerth.de



Pflanzaktion im Rahmen des Modellvorhabens

Mikrokosmos Gartenstadt Atlantic in Berlin

Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Gründer und Vorsitzender der Lichtburg-Stiftung und zugleich Vorstand der Gartenstadt Atlantic AG (Eigentümerin der gleichnamigen Wohnsiedlung in Berlin Mitte, Ortsteil Gesundbrunnen) skizzierte die Entwicklung der privat errichteten Siedlung, die er 2000 als Erbe übernahm. Die Entwicklung der Siedlung wurde maßgeblich von der Philosophie des Eigentümers beeinflusst: Der Mensch als Ganzes in seinen Lebensverhältnissen soll im Mittelpunkt stehen. So wurden die ca. 500 Wohn- und 25 Gewerbeeinheiten, die Freiflächen und öffentlichen Räume der Siedlung nicht nur umfangreich saniert, sondern zeitgleich das Kultur- und Lernprojekt „Mikrokosmos Gartenstadt Atlantic“ entwickelt. Ziel des Mikrokosmos ist, den hier lebenden Menschen neben gutem Wohnraum zu bezahlbaren Preisen Zugänge zu Kultur und Bildung zu eröffnen, die ihnen ansonsten häufig verschlossen bleiben. Seither bietet der Mikrokosmos mit seinen Lernwerkstätten vielen Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern die Möglichkeit, Themen wie Musik, Physik, Museum, Film sowie Kommunikation/ Kultur kennenzulernen. Der Mikrokosmos ist ein interkulturelles Projekt, das sich neben Stiftungsgeldern vorrangig über das Einwerben öffentlicher und privater Gelder finanziert. Die Lichtburg-Stiftung initiierte das Projekt Mikrokosmos, baute es auf und erweiterte es in den letzten Jahren. Nach dieser Erprobungs- und Etablierungsphase soll das Angebot, das sich vorrangig an Schulen und Kindergärten wendet, verstetigt werden. Die Stiftung versteht Kooperation als Grundvoraussetzung ihrer Arbeit. Dabei sind u. a. folgende Aspekte hervorzuheben:

- Die Trägerform einer Stiftung stellt eine bürgerschaftliche Form des Engagements für die soziale Stadtteilentwicklung dar, die aufgrund ihrer Organisationsform und -größe sehr flexibel Kooperationen mit anderen Akteuren eingehen kann.
- Die Stiftung kooperiert zur Absicherung ihrer Angebote (Einwerben von Spenden, Fördermitteln usw.) mit unterschiedlichsten privaten Unternehmen.
- Die Lernwerkstätten kooperieren miteinander. Darüber hinaus kommt den Kooperationen mit öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten eine zentrale Bedeutung zu, die durch ein Pilotprojekt mit dem Berliner Senat derzeit beispielhaft erprobt wird.
- Darüber hinaus wird in unterschiedlicher Art und Weise auch mit einzelnen Bürgern und z. B. mit (Sport) Vereinen kooperiert.
- Die persönlichen Kontakte des Vorstandes der Stiftung erleichtern den Aufbau von Kooperationen erheblich und sind maßgebliche „Türöffner“.

Kreative Stadtteilentwicklung in Magdeburg-Buckau

Stephan Herrmann vom Stadtplanungsamt der Stadt Magdeburg berichtete aus dem an der Elbe gelegenen verdichteten, gründerzeitlichen Stadtteil Buckau. Hier sollen die vorhandenen Ansätze genutzt werden, um die Kunst- und Kreativwirtschaft weiter zu profilieren. Vor allem durch die Ausweisung als Sanierungsgebiet konnten in den letzten Jahren bereits wichtige Impulse für die Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität in Buckau gesetzt werden. Zur Weiterentwicklung als Kunst- und Kulturstandort werden unterschiedliche, sich ergänzende Wege beschritten, bei

Mikrokosmos Gartenstadt Atlantic

Stadt / Bundesland:	Berlin-Mitte-Gesundbrunnen (86.000 EW) / Berlin
Projekträger:	Lichtburg-Stiftung
Kooperationspartner:	Lernwerkstätten „Zauberhafte Physik“, „Kunst / Museum“, „Klingendes Museum“; Neue Medien- und Theaterwerkstatt „Junge Lichtburg“ und Lichtburgforum
Weitere Infos / Kontakt:	www.gartenstadt-atlantic.de Lichtburg-Stiftung, Prof. Dr. Michael Wolffsohn, E-Mail: mw@wolffsohn.de



Lernwerkstatt Zauberhafte Physik

deren Umsetzung sich die Stadt externer Dienstleister bedient. Neben dem Aufbau und der Verstetigung von Netzwerken werden temporäre Kunstaktionen, wie Feste, Workshops, Ausstellungen oder Symposien durchgeführt, wurde ein „Dingweg“, eine Art Kunstmeile durch das Quartier etabliert und ist die Entwicklung eines Künstler- und Gewerbehofes auf einer alten Industriebrache vorgesehen. Eine geeignete Fläche und ein Gebäude konnten dafür identifiziert werden, die Umbauarbeiten beginnen im Sommer 2013, die Eröffnung ist für Anfang 2014 vorgesehen. Wichtige Kooperationsaspekte dieses Modellvorhabens sind:

- Zusammenarbeit mit Künstlern aus dem Quartier und darüber hinaus durch gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen wie Kunst- und Kulturfeste.
- Vernetzung und Kooperation zwischen Künstlern und Bewohnern Buckaus.
- Die Kooperation der Stadt mit ihrem Quartiers- und dem Kulturmanagement, die gemeinsam versuchen, den Stadtteil den Bedarfen entsprechend zu entwickeln und die erforderlichen Vernetzungen herzustellen.
- Die Kooperation zwischen der Stadt Magdeburg und der privaten Interessengemeinschaft Werk 4 zur Entwicklung und Umsetzung des Künstler- und Gewerbehofes.

Aus der Diskussion zu den drei unterschiedlichen Modellvorhaben lassen sich folgende Rückschlüsse ableiten:

- In den beiden Handlungsfeldern „Gesundheit“ und „Kultur“ sind Kooperationen sehr gut möglich und werden bereits in vielfältiger Art und Weise erprobt.

- Bei der Kooperation zwischen Privaten und Kommunen müssen die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Akteure, d. h. das eher freie und unkonventionelle Vorgehen der Privaten und das verwaltungsorientierte Arbeiten der Kommunen, frühzeitig berücksichtigt werden.
- Die Kommune sollte sich in den Kooperationsprozessen als Ermöglicherin verstehen und gemeinsam mit den Akteuren Lösungsmöglichkeiten erörtern und umsetzen.
- Alle drei Vorhaben formulierten die hohe Bedeutung einer zentralen Anlaufstelle im Quartier, die die Funktion einer Vernetzungsstelle einnehmen sollte. Dort, wo Städtebaufördermittel eingesetzt werden, sind diese Strukturen weitestgehend vorhanden, so dass weitere Aktivitäten davon profitieren können, „denn der Neuaufbau von Kooperationsstrukturen ist mühsam und aufwändig“.
- Für Kooperationen im Bereich „Gesundheit“ und „Kultur“ eignet sich vor allem das Quartier als Sozialraum. Die Einbindung der lokalen Akteure und das Aufgreifen bestehender Ansätze gehören ebenfalls zum „Muss“. Zudem sollte versucht werden, eine „Avantgarde in die Quartiere“ zu holen, um Ausstrahleffekte und Synergien zu nutzen.
- Sobald Kooperationen nicht nur mit „Ruhm und Ehre“, sondern auch mit kontinuierlicher Arbeit und Rückschlägen verbunden sind, leidet vielfach das Engagement und kommen Aktivitäten zum Erliegen.

Kreative Stadtteilentwicklung in Magdeburg-Buckau

Stadt / Bundesland:	Magdeburg-Buckau (5.300 EW) / Sachsen-Anhalt
Projektträger:	Landeshauptstadt Magdeburg
Kooperationspartner:	BauBeCon Sanierungsträger GmbH, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, cultural engineering
Weitere Infos / Kontakt:	http://www.kulturmachtstadt.de Stadt Magdeburg, Stadtplanungsamt, Stephan Herrmann, E-Mail: stephan.herrmann@spa.magdeburg.de



Innenansicht Werk 4



Leerstandsbewältigung und Quartiersbelebung

Leerstandsbewältigung und Quartiersbelebung

Leerstehende Wohnungen und Gewerbeflächen stellen oftmals im Quartier ein Problem dar, insbesondere bei strukturellem Leerstand in schwachen Wohnungsmärkten infolge demographischer Schrumpfungprozesse. Durch die Beseitigung von Leerständen durch Wiedervermietung oder Umnutzung kann eine Aufwertung für das gesamte Quartier erfolgen. Auch temporäre Nutzungen haben eine wichtige Leitfunktion für eine zukünftige breiter angelegte Quartiersbelebung. Bürgerschaftliches Engagement kann diese Quartiersbelebung durch die Einbindung von privaten und öffentlichen Eigentümern unterstützen. Drei Beispiele von Leerstandsbeseitigung einzelner Gebäude oder Strategien für ganze Quartiere wurden vorgestellt. Die Kongressteilnehmer haben ein großes Interesse an dieser Arbeitsgruppe gezeigt, was die Bedeutung des Themas in Kommunen und bei anderen Akteuren unterstreicht.

Leerstandsbeseitigung durch Entwicklung des Jugendprojekts „KOMPOTT“ in Chemnitz

Frau Knöfel und Frau Klaus stellten als Vertreterinnen des „KOMPOTT“-Teams ihr Projekt in einer Randlage der Chemnitzer Innenstadt vor. Vier seit Jahren leerstehende Mehrfamilienhäuser der kommunalen Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft (GGG) wurden durch eine Gruppe von ehrenamtlich aktiven Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einem Kultur-, Begegnungs- und Wohnort entwickelt. Nach einigen grundlegenden Sanierungsmaßnahmen wurde das KOMPOTT schließlich im Oktober 2011 eröffnet. Inzwischen sind in verschiedenen Gebäudeteilen neben Wohnungen und Ateliers ein Lese-café, der Kunstladen komplott art & design, ein Umsonstla-

den für Kleidung und die „Volksküche“ entstanden. Wegen Nachbarschaftsstreitigkeiten steht die Veranstaltungsfläche „Zukunft“ vorerst nicht weiter zur Verfügung. Als gemeinsames und möglichst versöhnliches Kooperationsprojekt mit den Nachbarn ist ein Stadtteilgarten im Innenhof geplant. Das KOMPOTT-Team sieht sich allerdings weniger als Quartiersentwickler, sie möchten eher einen Raum zur Ideenverwirklichung von experimentellen Lebensformen entwickeln und die bestehende Leerstandssituation in Chemnitz aktiv nutzen. Sie stehen neuen engagierten Mitarbeitern für das Projektteam oder neuen Nutzern der Einrichtungen offen gegenüber.

Wichtigste Kooperationspartner sind die GGG und die Oberbürgermeisterin, die stets hinter dem Projekt standen und die hohe Eigeninitiative der Jugendlichen unterstützten. Als Kümmererin hat die Oberbürgermeisterin auch in einzelne Referate der Stadtverwaltung z. B. bei Baugenehmigungen oder der Fassadengestaltung positiv eingewirkt. Durch den dreijährigen mietfreien Nutzungsvertrag mit der GGG konnte sich das Projekt langsam entwickeln und ein sinnvolles Nutzungskonzept erprobt werden. An einer Lösung für die Bereitstellung zu weiterhin niedrigem Mietniveau ab 2014 über einen Erbpachtvertrag wird derzeit gearbeitet.

Wichtige Kooperationsaspekte:

- Die interne Kooperation zwischen den Nutzungsbereichen wird durch ein Kernteam und mehrere Arbeitsgruppen organisiert. Die Verantwortlichkeiten rotieren regelmäßig, um immer wieder neue Personen einzubinden und bei Ausscheiden von Aktiven nicht allzu große Lücken entstehen zu lassen. Ziel ist es, Menschen zum Mitwirken anzuregen, kooperative Beteiligungs-

Modellvorhaben „KOMPOTT“

Stadt / Bundesland:	Chemnitz (243.000 EW) / Sachsen
Projektträger:	Urbane Polemik e.V.
Kooperationspartner:	Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft (GGG) mbH Chemnitz, Stadtverwaltung Chemnitz
Weitere Infos / Kontakt:	www.kompott.cc Martina Klaus, Ines Knöfel, Sarah Langer, E-Mail: info@urbanepolemik.de



Von KOMPOTT umgenutztes Gebäude



Kunstladen komplott art & design in Chemnitz

formen zu entwickeln und damit sozialen Austausch zu stärken.

- Das Zusammenwirken zwischen den jungen Akteuren, dem kommunalen Wohnungsunternehmen und der Stadt wurde in einem Kooperationsvertrag konstituiert und erfolgreich mit Leben gefüllt. Wichtig ist, insbesondere für Jugendliche Fürsprecher zu haben, die ihre Belange ernst nehmen und Hilfestellungen bei auseinander liegenden Kommunikationsebenen geben. Dazu gehört auch, sich zusätzlich externen Sachverstand von Wissenschaftlern und Experten wie Juristen einzuholen.
- Ein bundesweiter Austausch zwischen ähnlich selbstorganisierten Jugendprojekten ist ebenfalls sinnvoll.

Durch einen Kontakt wurden Erfahrungen, z. B. bei der Einrichtung eines Jugendfonds, eingeholt.

Umnutzung eines leerstehenden Ladenlokals durch eine neu gegründete Schülerfirma in Altena

Herr Dr. Hollstein griff die bereits bestehenden Erfahrungen zum bürgerschaftlichen Engagement in Altena auf. Mit großer Unterstützung des „Vereins zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Altena“ und engagierter Lehrer des Burggymnasiums wurde im November 2012 in einem leerstehenden Ladenlokal in der Fußgängerzone das Büro „ObSt“ (Oberstufenbüro) durch Jugendliche eröffnet. Herr Schneider und Frau Hollstein, aktuelle Geschäftsführerin des ObSt-Büros, erläuterten die nahezu selbständige

Modellvorhaben „Schülerfirma“

Stadt / Bundesland:	Altena (18.000 EW) / Nordrhein-Westfalen
Projektträger:	Stadt Altena
Kooperationspartner:	Verein zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Altena e.V.
Weitere Infos / Kontakt:	www.obst-buero.de Stadt Altena, Fachbereich Planen und Bauen, Roland Balkenhol, E-Mail: r.balkenhol@altena.de



ObSt-Büro in Altena

Organisation durch die Schüler und die umgesetzten Maßnahmen. Die Schüler werden bereits in der 9. Klasse als „Juniorprojekte“ an das Büro herangeführt. Die Entwicklung und Umsetzung der Ideen werden dann in der Oberstufe erprobt. Die Schülerfirma bietet haushaltsbezogene Dienstleistungen wie Gartenarbeit den Bürgern in Altena an, um mit den Einnahmen u. a. den jährlichen Abiturball zu finanzieren. Darüber hinaus wird der Laden neben einem informellen und unkommerziellen Jugendtreff für den Verkauf von lokalen Produkten wie selbst entworfene T-Shirts und „Selter-Stricknadeln“ genutzt. Eine zukünftige Erweiterung der „Jugendarbeit“ in Form von Ausbau und Vermittlung von Ferienwohnungen oder Stadtführungen von und für Jugendliche ist angedacht. Die Jugendlichen sammeln sowohl Erfahrungen im bürgerschaftlichen Engagement als auch handwerkliche und betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Ein besonderer Schwerpunkt liegt zudem in dem „Miteinander der Generationen“.

Wichtige Kooperationsaspekte:

- Der lokale Verein zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist Eigentümer der Immobilie und vermietet das Ladenlokal zu günstigen Konditionen an die Schülerfirma. Gleichzeitig besteht ein Kooperationsvertrag zwischen Verein und Stadt. Durch die Umnutzung von Leerständen wird in Kooperation mit lokalen

Akteuren ein lebendiger und selbstverwalteter Ort für Jugendliche geschaffen.

- Durch die kontinuierliche Einbindung in den Unterricht ist zwar eine gewisse Fluktuation der aktiven Schüler vorherbestimmt, aber andererseits auch die Nachhaltigkeit des ObSt-Büros gesichert. Die Institution Schule kann unter Beteiligung von Jugendlichen einen Beitrag zu Stadtentwicklungsprozessen leisten.
- Das Jugendprojekt ist in die Quartiersentwicklung „Lennestraße“ eingebunden. Die Innenstadt wird derzeit durch den Burgaufzug und das Konzept „Krämerdorf“ neugestaltet. In diesem Zusammenhang können lokale Synergien für die Revitalisierung der Innenstadt gebündelt werden.

Quartiersaufwertung durch Kooperationen in Hof

Herr Gutowski, Vorsitzender bei Haus & Grund Hof, knüpfte an den Beitrag von Herrn Dr. Neumann aus Magdeburg zum Forschungsfeld „KIQ – Kooperation im Quartier“ im Rahmen des Podiumsgesprächs an. Der Eigentümerverein Haus & Grund Hof e. V. ist mit der Stadt Hof eine intensive Zusammenarbeit zur Aufwertung zweier Quartiere eingegangen. Die Bestandsgebäude des Biedermeier- und des Bahnhofsviertels in Hof weisen oftmals einen erheblichen Sanierungsrückstau auf. Die innerstädtischen



Angeregte Diskussion mit und unter den Podiumsteilnehmern

Wohngebiete sind durch eine kleinteilige Struktur von privaten Eigentümern gekennzeichnet. Beide Quartiere haben sehr deutliche Probleme und Leerstände, aber auch sehr vielfältige Stärken. Erste Impulse hat es in den letzten Jahren durch Investitionen und Aktivitäten im Rahmen der Städtebauförderung gegeben. Seit Anfang 2012 sollen mit dem aktuellen Modellvorhaben speziell die privaten Eigentümer über Haus & Grund aktiviert und Strategien mit der kommunalen Stadtplanung entwickelt werden, um durch Leerstands-beseitigung und Modernisierungsmaßnahmen die beiden Quartiere aufzuwerten. Im Einzelnen werden unter anderem eine Bestandsaufnahme von Gebäuden und Hofbereichen, eine Befragung von Eigentümern und eine Analyse von Stärken und Schwächen im Wohnumfeld und bei der Infrastruktur für die Quartiere durchgeführt. Neben den Gebäuden und Wohnungen sollen auch Hof- und Freiflächen sowie der öffentliche Raum belebt werden. Der Eigentümer als Bürger soll mit dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ in Form bürgerschaftlichen Engagements für Stadtentwicklungsprozesse begeistert werden. Umgesetzt sind bereits einige Maßnahmen wie die gemeinsame Entwicklung eines Leitbilds und eines Informationsflyeres, der Aufbau von Beratungsangeboten sowie gezielte Kleininvestitionen im öffentlichen Raum. Weiterhin sollen einige Leitprojekte entwickelt werden, so u. a. die gemeinsame Neugestaltung einer Brache auf dem Grundstück eines privaten Eigentümers, der sich damit als „Ermöglicher“ von bürgerschaftlichem Engagement in kleinem Maßstab, aber ganz konkret einbringt.

Wichtige Kooperationsaspekte:

- Die verbindliche Kooperation zwischen Eigentümer-

verein und Stadt hat zum Ziel, Haus & Grund für Belange der Stadtentwicklung als festen Ansprechpartner sowohl für die Quartiersbevölkerung als auch für kommunale Fachplaner zu etablieren. Dadurch können mittelbar private Eigentümer zu aktiven Gestaltern ihrer Quartiere werden.

- Ausgehend von dieser wichtigen allgemeinen Zielsetzung erarbeitet Haus und Grund Hof e. V. gemeinsam mit der Stadt Hof im Sinne einer „Graswurzelarbeit“ viele konkrete Einzelbausteine für die Aufwertung der Wohnungsbestände und des Wohnumfeldes im Bahnhofs- und im Biedermeiertel.
- Ein weiterer Bestandteil besteht in der Kooperation mit dem Verein „Bürger am Zug e. V.“, der seit längerem im Bahnhofsviertel in Stadtentwicklungsprojekten aktiv ist.

Die Diskussion in der AG Leerstands-bewältigung und Quartiersbelebung hat folgende Ergebnisse erbracht:

- Die Kooperationsstrukturen bei den vorgestellten Projekten sind sehr individuell. Sie gehen von einem unterschiedlichen städtebaulichen, sozialen sowie historischen Kontext aus und nutzen speziell entwickelte Instrumente, um ihre Ziele zu erreichen. Dadurch lassen sich die Ergebnisse nur begrenzt verallgemeinern. Interessant sind im Hinblick auf die Übertragbarkeit aber einzelne Strategien und Elemente der Projekte und ihrer Kooperationen vor Ort.
- Gemeinsamkeiten beziehen sich insbesondere auf gewisse strukturelle Voraussetzungen: Erstens sind organisatorische Unterstützungsstrukturen durch Kommune, Vereine etc. wichtig. Zweitens müssen ver-

Modellvorhaben „Haus und Hof“

Stadt / Bundesland: Hof (46.000 EW) / Bayern
 Projektträger: Haus und Hof e. V.
 Kooperationspartner: Stadt Hof, Bürger am Zug e. V.
 Weitere Infos / Kontakt: www.kiq-hof.de
 Haus & Grund Hof e. V., Peter Gutowski,
 E-Mail: haus-und-grund-hof@gmx.de



Informationsveranstaltung von „Haus und Grund“ in Hof

Präsentation von Arbeitsergebnissen durch Mathias Metzmacher, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung



bindliche, belastbare und individuelle Kooperationsstrukturen innerhalb der Projektträger und mit anderen Partnern gefunden werden (Kommune, Schulen, Wohnungsunternehmen, andere Firmen). Alle Modellvorhaben nutzen informelle Netzwerke basierend auf bürgerschaftlichem Engagement vor allem in und aus dem Projekt heraus, aber auch in Kooperation mit bereits bestehenden bürgerschaftlichen Strukturen. Drittens müssen Ermöglichungsräume, sprich größere und für eine zumindest temporäre Nutzung geeignete Leerstände, vorhanden sein. Viertens ist das Engagement von einzelnen Personen und Institutionen im Sinne von „Ermöglichen“ entscheidend. Zusammen bilden diese den Nährboden, um durch bürgerschaftliches Engagement Leerstände zu beseitigen und das gesamte Quartier aufzuwerten. Auch den traditionell eher weniger von bürgerschaftlichem Engagement geprägten Städten kann sich dadurch eine aktivierende Kooperationsstruktur bilden.

- Durch bürgerschaftliches Engagement erlangen die Akteure Kompetenzen und entwickeln mehr und mehr eigene Ideen. Durch die Beteiligung lernen sie sich kennen, integrieren weitere Personen und Institutionen und vernetzen sich damit untereinander. Die Wissensgenerierung und -verbreitung trägt zur Verstetigung in Stadtentwicklungsprozessen bei. Manchmal erwachsen daraus auch Kontroverses, etwa wenn junge Projekt als Pioniergruppen Standorte neu entwickeln und später mit der Aufwertung ökonomisch nicht mehr Schritt halten können oder wenn sie konsequent ihre Mitsprache in der Stadtentwicklungspolitik betreiben.
- Strukturelle Leerstände bestehen vorwiegend in schwachen Märkten. Die Belebung von Wohnungen und

Gewerbeflächen benötigt Impulse durch innovative Nutzungen. Meist ist diese nur durch Förderung möglich. Zu beachten ist hierbei, dass den Projektträgern der Spagat zwischen Eigenverantwortung und Abhängigkeit von Fördermitteln gelingt. Langfristig sollte eine dauerhafte und nachhaltige Nutzung ohne Förderung angestrebt werden.

- Bürgerschaftliches Engagement birgt Chancen, hat aber auch klare Grenzen. Im Hinblick auf die Grenzen wurde kritisiert, dass die Bürgergesellschaft immer stärker an die Stelle des Sozialstaates tritt. Dies betrifft insbesondere den sozialen und kulturellen Bereich. Die Leistungen können und sollten nicht durch bürgerschaftliches Engagement aufgefangen werden.
- Für ein erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement muss die Anerkennungskultur weiterhin etabliert werden. Insbesondere bei Schülern und Studenten sollte über die Freistellung für Engagement nachgedacht werden.



Städtebauförderung Wohnraumförderung	→
Wirtschaftsförderung Arbeitsförderung	→
← Gesundheitsförderung	

Zwischenresümee zum ExWoSt-
Forschungsfeld „Kooperation konkret“

Zwischenresümee zum ExWoSt-Forschungsfeld „Kooperation konkret“

Auf dem Bundeskongress „Bürgernahe Stadtentwicklung durch Kooperation“ wurden Modellvorhaben des Bundes aus verschiedenen Forschungsfeldern vorgestellt. Trotz unterschiedlicher inhaltlicher Zielsetzungen stehen bei allen Vorhaben Kooperationsprozesse vor Ort und die Einbindung privater Akteure im Fokus. Dadurch soll die Bündelung öffentlicher und privater Mittel sowie der integrierte Einsatz verschiedener Förderprogramme vor Ort für Zwecke der Stadtentwicklung stärker als bisher ermöglicht werden. Konkreter Anlass des Kongresses war der Zwischenstand im seit 2012 laufenden ExWoSt-Forschungsfeld „Kooperation konkret“ mit seinen sechs Modellvorhaben:

- Altena „Lennestraße – Wir reduzieren den Leerstand“,
- Berlin „Mikrokosmos Gartenstadt Atlantic“,
- Eberswalde „Eisenbahnstraße – gemeinsam zu mehr Lebensqualität“,
- Fürth „Gesund und fit in der Stadt Fürth“,
- Leipzig „Georg-Schumann-Straße: geschäftig – spannend – sozial“ und
- Magdeburg „Kreative Stadtteilentwicklung in Buckau“.

Anhand dieser Leitprojekte werden die Möglichkeiten und Grenzen einer verbesserten Mittelbündelung vor Ort aufgezeigt. Im Mittelpunkt stehen folgende Forschungsleitfragen:

- Welche Möglichkeiten und Grenzen bestehen vor Ort bei der Bündelung stadtentwicklungspolitisch relevanter Förderprogramme?
- Wie können Kooperationen und Mittelbündelung vor Ort unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft optimiert werden?
- Inwieweit können Bund und Länder diese Prozesse unterstützen?

Die Erfahrungen der Modellvorhaben wurden in Projektwerkstätten diskutiert. Diese waren inhaltlich auf bestimmte Leitthemen ausgerichtet. Sie betrafen die inhaltliche Feinabstimmung des Forschungsfeldes, den Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung, einzelne förderpolitische Instrumente wie Verfügungsfonds und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte sowie die Bedeutung von Unternehmen und Stiftungen für soziale Stadtentwicklung.

Als zentrale Zwischenergebnisse des Forschungsfeldes „Kooperation konkret“ können festgehalten werden:

- In den Modellvorhaben kommen zahlreiche Förderprogramme gebündelt zum Einsatz. Deren Beantragung und Umsetzung erfordert jedoch einen hohen administrativen und personellen Aufwand vor Ort.
- Die Kommunen favorisieren ein umfassendes stadtentwicklungspolitisches Förderprogramm, das einen inhaltlich möglichst breiten Einsatz je nach den Bedarfen vor Ort ermöglicht.
- In allen Modellvorhaben sind private Akteure auf unterschiedliche Arten und Weisen in Prozesse der Stadtentwicklung eingebunden. Das Spektrum der Akteure reicht von der Bewohnerschaft bis hin zu Gewerbetreibenden und Vereinen.
- Finanzielle Anreize können einen wichtigen Beitrag für die Zusammenarbeit mit Privaten leisten. Bewährt haben sich z. B. bei der Kooperation mit Gebäudeeigentümern Erstattungsbeträge, Pauschalförderung, kommunale Förderprogramme (z. B. Fassadenprogramm), Wohnraumförderung oder auch Städtebauförderung.
- Verfügungs- oder Projektfonds haben sich in einzelnen Modellvorhaben erfolgreich bewährt. Die förderrechtliche Umsetzung sollte bei der Kommune und den Antragstellern nur geringe Ressourcen beanspruchen und eine flexible Handhabung vor Ort ermöglichen.
- Die Einbindung privater Akteure in die Finanzierung einzelner Projekte ist in der Regel leichter möglich als die gemeinsame Finanzierung eines Fonds. Private Akteure favorisieren Projekte, die zeitnah und ohne großen bürokratischen Aufwand umgesetzt werden.
- Die Kommunen mit hoher Leerstandsproblematik und Nachfrageschwäche befürworten ein einfach umsetzbares Instrument, das auch den kommunalen Zwischenerwerb von Immobilien ermöglicht.
- Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte tragen zur Mittelbündelung und zur Aktivierung privaten Kapitals bei. Eine umfassende Beteiligung privater Akteure bei der Konzepterarbeitung ist hierzu eine wichtige Voraussetzung.

Die Erfahrungen der bis 2014 laufenden Modellvorhaben werden weiterhin ausgewertet. Es werden praktische Anregungen für die künftige Stadtentwicklungspolitik erwartet.

Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Michael Zarth (Projektleitung)
Dr. Peter Jakobowski
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
www.bbsr.bund.de

Fachliche Bearbeitung

FORUM – Huebner, Karsten & Partner
Martin Karsten (Projektleitung)
Schlachte 1 / Erste Schlachtpforte
28195 Bremen
Tel.: 0421/6967770
Fax: 0421/69677718
karsten@forum-bremen.info
www.forum-bremen.info

plan-werkStadt, büro für stadtplanung & beratung
Heike Wohltmann
Schlachte 1/Erste Schlachtpforte
28195 Bremen
Tel.: 0421/506248
Fax: 0421/506258
team@plan-werkstadt.de
www.plan-werkstadt.de

Stand

November 2013

Satz und Gestaltung

Stephan Große, FORUM – Huebner, Karsten & Partner

Bildnachweis

Die Quelle der Bilder ist, sofern nicht anders angegeben, FORUM Huebner, Karsten & Partner oder plan-werkStadt.

Stadt Altena	S. 12, 14, 17, 19
Stadt Leipzig	S. 30
Stadt Saarbrücken	S. 31
Eva Göttlein	S. 32, 33
Lichtburg-Stiftung	S. 34
Uta Linde	S. 35
Urbane Polemik e.V.	S. 37, 38
Michael Stein	S. 40

